Gleiche Stimme — Gleiche Rechte!

Politische Teilhabe für Migrantinnen* jetzt!

DOKUMENTATION DER JAHRESKONFERENZ VON DAMIGRA
AM 09. 06. 2017 IN DER WERKSTATT DER KULTUREN, BERLIN

IMPRESSUM

Herausgeberin

DaMigra e.V.
Dachverband der Migrantinnenselbstorganisationen
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin
www.damigra.de, info@damigra.de

Redaktionsleitung und Text Can Mileva Rastovic

Redaktionsteam Iman El Lebeidy, Franziska Ilse-Shams, Mira Ragunathan
Lektorat Jennifer Sophia Theodor
Layout Johanna Goldmann
Fotografien Natalie Push, Can Mileva Rastovic
Gesamtkoordination Loubna Messaoudi

Herstellung und Druck Oktoberdruck Berlin

Redaktionsschluss August 2017

Notiz zur Sternchen-Schreibweise
Als intersektional feministisch denkender und handelnder Dachverband von und für Migrantinnen* in Deutschland verwendet DaMigra eine gendersensible Schreibweise mit Sternchen. Dies soll über Zweigeschlechtlichkeit (Männer und Frauen) hinausweisen und die tatsächliche Vielfalt von Geschlechtern symbolisieren. Zugleich möchten wir (alle) Weiblichkeiten hervorheben und setzen das Sternchen daher meist hinter die feminine Form.

Gefördert vom:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerium des Innern

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Inhalt

EDITORIAL
02 **Politische Teilhabe JETZT!**
mit Marianne Ballé Moudoumbou

GRUSSWORTE
04 Dr. Delal Atmaca
Wo stehen wir heute?
07 Christine Morgenstern
Gleiche Stimme, gleiche Rechte!

KEYNOTE
10 **Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen** (Auszug)
12 Prof. Dr. Beate Rudolf **Politische Partizipation von Migrantinnen* in Deutschland – Eine Perspektive der Menschenrechte**
18 Gesprächsrunde mit Prof. Dr. Beate Rudolf: **Das »gute Recht« jeder einzelnen Frau***

INTERVIEW
24 mit Dr. Soraya Moket **über das MUT-Projekt**

PODIUMSDISKUSSION
28 **Gleiche Stimme, gleiche Rechte? Auf dem Weg in die vielfältige Migrationsgesellschaft**
Nadia Kailouli spricht mit Cemile Giousouf (CDU), Cansel Kiziltepe (SPD), Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen), Naciye Celebi-Bektas (DGB) und Dr. Delal Atmaca (DaMigra)

40 **Wahlprüfsteine von DaMigra zur Bundestagswahl 2017**

INTERVIEW
42 mit Dora Sandrine Ndedi: **»Und diese Barriere ist das System.«**

WORKSHOPS
44 **Bürger 2. Klasse oder Wahlrecht für Alle?**
mit Samera Bartsch, Deniz Yıldırım und Filiz Keküllüoğlu
50 **Politische Teilhabe in der Gremien- und Lobbyarbeit**
mit Saraya Gomis und Harpreet K. Cholia

STATEMENT
56 von Ferda Ataman:
Yallah Feminismus!

WORKSHOP
59 **Refugee Empowerment – Tools von und für Geflüchtete**
mit Jennifer Kamau, Amira Ahmad und Vjoela Allkanjari

64 Das MUT-Projekt aus Halle auf Exkursion im Jüdischen Museum Berlin: **Cherchez la Femme**

68 **Open Space – Kampagnenwerkstatt: Politische Strategien von Morgen?**
mit Céline Barry und Doris Dede

SCHLUSSWORT
72 Sidar Carman und Nguyen My Hanh (DaMigra) **Wir sind Teil des Lebens**

76 **Die Vorstandsfrauen* von DaMigra**

Politische Teilhabe *JETZT!*

EDITORIAL

Der Dachverband DaMigra mit seinen bundesweit fast 80 Migrantinnen*selbstorganisationen hat im Wahljahr 2017 die politische Selbst- und Mitbestimmung zum Thema der Jahreskonferenz gemacht.

Welche Geschichte wollen wir schreiben? lautet die Frage, die sich in dieser Zeit jede Einzelne von uns stellen muss. Auf der Suche nach Antworten begegnen wir uns auf dieser Jahreskonferenz und blicken zunächst auf unsere Erfahrungen. Die vielfältigen Erfahrungen von Migrantinnen* in Deutschland, so facettenreich und widersprüchlich wir sie im Einzelnen auch vermitteln mögen, sind von gesellschaftlichen Voraussetzungen geprägt. Wir können unsere Geschichten nicht erzählen, ohne nicht immer auch die Geschichte des Kapitalismus, des Patriarchats und des Neokolonialismus zu erzählen. Wir erzählen globale Geschichten, Geschichten von Diaspora und Geschichten aus Deutschland. Diese Voraussetzungen formen uns, und genauso möchten wir sie im Gegenzug selbst formen – indem wir unsere Perspektiven in das Gesamtbild einbringen, daran teilhaben und selbst mitbestimmen, welche Geschichten zukünftig möglich sein werden.

Die Menschenrechte spielen für politische Teilhabe eine tragende Rolle: Ihre Etablierung und Wahrung ermöglichen erst Partizipation. Menschenrechte sind nicht selbstverständlich in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu finden – ob in der Zivilgesellschaft, in der Verwaltung, im Asylrecht oder in den Geflüchtetenlagern. Darauf hat DaMigra im vergangenen Jahr in mehreren Stellungnahmen aufmerksam gemacht. Neben institutionellem Rassismus und Sexismus zeigt sich auch in der erneuten Etablierung rechtspopulistischer Strukturen: Menschenrechte müssen immer wieder aufs Neue erkämpft werden, durch Menschenrechtsbildung immer wieder vermittelt werden, wie auch Prof. Dr. Beate Rudolf vom Deutschen Institut für Menschenrechte in ihrer Keynote erörtert. Deshalb fordern wir ausdrücklich ein Leben in Würde und Freiheit sowie unsere Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen – Wohnen, Arbeiten, Gesundheit, Bildung.

Wie können wir handeln? Diese Frage beantwortet DaMigra mit dem Thema dieser Konferenz: Politische Teilhabe jetzt! Migrantinnen* und ihre Verbündeten widmen ihre Arbeit und Expertise dem Kampf für Migrantinnen*rechte als Menschenrechte. Unter den Vorstandsfrauen und im Publikum befinden sich heute viele politische Akteurinnen*. Von der kommunalen bis zur Bundesebene bringen sie die Themen von Migrantinnen*, von Women of Color* und / oder geflüchteten Frauen* unentwegt in die unterschiedlichsten politischen, akademischen und aktivistischen Gremien ein. Sie wollen mitentscheiden und das Sprechen *über* Migrant*innen – den Diskurs *über* Migration – verändern, indem sie sich selbst einbringen.

DaMigra wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Jugend, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch das Bundesministerium des Inneren.

DaMigra Redaktion

Das Fachpublikum ist zahlreich erschienen und hat in den Publikumsreihen Platz genommen. Nun tritt **Marianne Ballé Moudoumbou** nach vorn. Sie wird diese Konferenz moderieren. Sie selbst spricht auch für den Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland, dessen stellvertretende Vorsitzende sie ist. Die erfahrene politische Akteurin eröffnet die Konferenz mit den Worten: »Politische Teilhabe von Migrantinnen* – Gleiche Stimme? Gleiche Rechte?«, um dann ein Gedicht von Meja Mwangi vorzutragen:

THE LAW

In June they made another law
it was illegal to be destitute
without work or money, without home or family
without wealth or health
before we could have any they passed a new law
they sent in police and bulldozers to plow us in the dust
we were all vagabonds then without house or home
and that too was illegal
as being poor and hungry as well as being handicapped and elderly

Meja Mwangi
(in: *Afrika im Gedicht*, hg. von Al Imfeld, Zürich: Offizin, 2015)

»Die Realität von Meja Mwangi ist nicht immer unsere Realität«, stellt Marianne Moudoumbou im Anschluss fest. Aber das Gedicht fasse alles zusammen, alles was politische Teilhabe betreffe. Dann erinnert uns die Moderatorin an den ersten Artikel der allgemeinen Menschenrechte von 1948. »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.« Den Begriff der Brüderlichkeit ergänzt sie lächelnd durch die Schwesterlichkeit. Das deutsche Grundgesetz wiederum zitiert sie mit Artikel 3: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.« Wenn wir die Perspektive nun öffneten und uns besinnen, dann fällt unser Blick auf Mali. Die erste rechtlich bindende, demokratische Verfassung der Welt wurde in Kurugan Fuga niedergeschrieben – im 13. Jahrhundert.

Die UNESCO hat diese *Charta von Mandén* in das immaterielle Weltkulturerbe aufgenommen. Auch dort stehe geschrieben: »Kinder werden nicht allein von den Eltern versorgt, sondern deren Erziehung und Wohlergehen obliegt der gesamten Dorfgemeinschaft«; »Es darf kein Baum gefällt werden, wenn es nicht dringend notwendig ist« und »Alle Fremden sind geschützt, wie auch deren Eigentum«. Kinderrechte, politische, kulturelle, wirtschaftliche Rechte und Umweltschutz im 13. Jahrhundert! Zu den Frauenrechten besage diese Charta gar: »Alle Frauen müssen auf allen Ebenen des Staates und bei allen Entscheidungsprozessen vertreten sein.« Nun erklingt der erste Applaus im Saal. »Für all diese Werte erheben wir unsere Stimme«, ergänzt die Menschenrechtsaktivistin Moudoumbou.

Sie blickt in die erste Reihe und schließt mit den Worten der dort sitzenden Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, ebenfalls Vorstandsmitglied des Zentralrats der afrikanischen Gemeinde in Deutschland und von DaMigra sowie Stadträtin und Bundestagskandidatin der Grünen:

»Wir sind Teil dieser Gesellschaft und wollen als solcher wahrgenommen werden. Wir wollen in allen demokratischen Parteien vertreten sein und alle politischen Prozesse mitentscheiden können. Deswegen erheben wir heute unsere Stimme – deswegen sind wir heute hier.«

HERZBERGER-FOFANA

Wo stehen wir heute?

GRUSSWORT VON DR. DELAL ATMACA, VORSTANDSSPRECHERIN VON DAMIGRA

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Rudolf, sehr geehrte Frau Dr. von Bassewitz, liebe Mitstreiterinnen*, Freundinnen* und Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen.

Ich begrüße Sie alle herzlich in der Werkstatt der Kulturen – einem Ort, an dem man teilhaben kann an postmigrantischen Kunst-, Kultur- und Gesellschaftsformen. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind. Unser herzlicher Dank gilt insbesondere dem Familienministerium, dass es uns heute möglich macht, hier zusammenzukommen.

Wir treffen uns in Neukölln, einem Stadtteil Berlins, der wie kein anderer für kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt steht. Das sind Orte, an denen ich mich persönlich am liebsten aufhalte. Hier entsteht durch Vielfalt Reibung und setzt Energie frei. Und davon werden wir in der nächsten Zeit viel brauchen, denn die Menschen in Deutschland, ob ohne oder mit Migrations- und Fluchtgeschichte, stellen sich die Frage:

Wie möchten wir gemeinsam leben? Und wer ist dieses »wir«?

Die heterogene Migrationsgesellschaft

Wer sind WIR? Die Antwort lautet: Wir sind viele. Für diese Vielfältigkeit brauchen wir Energie und Kreativität, um neue gesellschaftliche Ideen zu entwickeln.

Wir brauchen gesamtgesellschaftliche Konzepte, die beschreiben, wie wir eine heterogene Migrationsgesellschaft gemeinsam gestalten können – um gut miteinander leben zu können. Wir, Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte, benötigen darüber hinaus viel Gestaltungskraft, damit wir uns in Deutschland, in Europa und auch weltweit effektiv vernetzen und Kooperationen schaffen können.

Diese internationalen Bündnisse benötigen wir, damit wir den weiter erstarkenden, rückwärtsgewandten Bewegungen aus Populist*innen, Nationalist*innen, Rassist*innen und Sexist*innen entschieden entgegentreten können.

Wir brauchen aber auch MUT! Mut, um unsere jeweils eigenen Wege zu gehen. Vor allem dann, wenn der tägliche Kampf um Menschenrechte – wie individuelle Freiheit und Unabhängigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Gleichberechtigung – oft mühsam ist und uns Unmengen von Energie und Kraft kostet.

Aber solange Freiheit, Unabhängigkeit und Chancengleichheit in unserer Gesellschaft nicht selbstverständlich sind, werden wir als Frauen*, Migrantinnen* und Geflüchtete* um unsere Rechte kämpfen. Und mit Blick auf die Umsetzung von Menschen- und Frauen*rechten werden wir auf noch unabsehbare Zeit weiter kämpfen müssen.

Menschenrechte *sind* Frauenrechte

Die Bundesregierung hat am 1. Juni 2017 die Istanbul-Konvention ratifiziert. Das bedeutet einen gewaltigen Fortschritt hinsichtlich der Umsetzung von Menschenrechten zum Schutz von Mädchen* und Frauen* vor Gewalt.

Allerdings hat die Bundesregierung die Konvention hinsichtlich des Aufenthaltsrechts von Migrantinnen* mit einer Einschränkung ratifiziert. Denn Migrantinnen*, die häusliche Gewalt erfahren, können ihre Ehemänner* in der sogenannten »Ehebestandzeit« von drei Jahren nicht verlassen, ohne ihren Aufenthaltstitel und damit ihr Bleiberecht in Deutschland zu verlieren.

Deshalb fordern wir gemeinsam mit anderen Frauen*rechtsorganisationen seit Jahrzehnten ein unabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen*. Bis Mai 2017 hatten 22 Staaten diese Selbstverpflichtung unterzeichnet, Deutschland folgte am 1. Juni 2017, allerdings mit dem Vorbehalt der Ehebestandszeit.

DaMigra widmet sich der Umsetzung von Menschen- und Frauen*rechten. Auf der heutigen Konferenz haben wir deshalb folgende Fragen auf der Agenda:

- **In welcher Form können vulnerable Gruppen, wie Frauen* mit unsicherem Aufenthaltsstatus, ihre Grund- und Menschenrechte einfordern?**
- **Welche konkreten Maßnahmen helfen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung von Migrantinnen* und Geflüchteten?**
- **Wie können Migrantinnen* unabhängig von ihrer »Herkunft«, ihrer Religion oder ihrem Aufenthaltsstatus besser in Parteien und Gremien repräsentiert werden?**
- **Welchen Beitrag zum Gemeinwohl leisten Migrantinnen* und Migrantinnen*selbstorganisationen bereits heute in der Lobbyarbeit?**
- **Was hält eine liberale Demokratie zusammen, und wie viel Gemeinschaft und Solidarität braucht eine Demokratie?**
- **Wie kann eine Demokratie standfest und zukunftsfähig werden?**

Diese Fragen diskutieren wir eingehend in den turbulenten Zeiten vor den Bundestagswahlen 2017 und mit Blick auf die gesamtpolitische Lage unserer Zeit. Wie kann eine Demokratie standfest und zukunftsfähig werden? Wir, die gesamte Gesellschaft, müssen uns dazu die Frage stellen, wie die politische Teilhabe von Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte am besten gelingen kann. Denn für eine (politische) Kultur der Gleichstellung, Solidarität und Mitmenschlichkeit benötigen wir insbesondere die Stimmen von Frauen* mit multiplen Identitäten und Herkünften. Dafür müssen in Deutschland allerdings zwei Grundvoraussetzungen erfüllt werden:

1. Die Ausweitung des Wahlrechts für Drittstaatenangehörige auf kommunaler Ebene

Daher fordert DaMigra die Ausweitung des uneingeschränkten Wahlrechts für Ausländer*innen und Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, insbesondere das uneingeschränkte Wahlrecht für Drittstaatenausländer*innen auf kommunaler Ebene.

Zudem fordern wir eine interkulturelle und geschlechtergerechte Öffnung aller Parteien, um eine der Bevölkerung entsprechende Repräsentation von Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte im Bundestag zu erwirken.

2. Die weitere Öffnung der Staatsbürgerschaft

DaMigra fordert die Verkürzung des Mindestaufenthalts bei der Einbürgerung auf fünf Jahre (europäischer Durchschnitt). Darüber hinaus fordert DaMigra für eine Kultur der Akzeptanz die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Es widerspricht sich nämlich nicht, dass Menschen sich am gesellschaftlich-politischen Leben von zwei Staaten beteiligen und sich mit zwei Staaten gleichzeitig identifizieren. Das ist genauso möglich, wie es möglich ist, über mehrere Identitäten zu verfügen.

Die Ausweitung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene und der Einbürgerung für Menschen mit Migrationsbezügen kann als Königsweg hin zu einer vollwertigen politischen Partizipation von Migrant*innen angesehen werden. Die Demokratie braucht jede Stimme. Selbstverständlich auch die Stimmen von Migrantinnen*. Daher möchte ich mit folgendem Appell meine Rede schließen:

Lasst uns gemeinsam für die Demokratie kämpfen. Das gelingt nur, wenn Menschen gleichberechtigt in einer offenen und solidarischen Einwanderungsgesellschaft leben können.

Gleiche Stimme – Gleiche Rechte? Politische Teilhabe von Migrantinnen jetzt!

GRUSSWORT VON CHRISTINE MORGENSTERN, LEITERIN DER ABTEILUNG GLEICHSTELLUNG IM BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND
(VORGETRAGEN VON DR. MARTINA GRÄFIN VON BASSEWITZ)

Vielen Dank für die Einladung zu Ihrer Jahreskonferenz und für die Gelegenheit, mit Ihnen über politische Teilhabe sprechen zu können.

Im Alter von drei Jahren hat sich DaMigra, der Dachverband der Migrantinnenorganisationen schon hervorragend entwickelt und etabliert: Mit über 70 Mitgliedsorganisationen sind Sie ein starker Verband geworden, der sich auf Bundesebene als zuverlässiger Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Medien etabliert hat.

DaMigra führt Gespräche mit Vertreter*innen der Bundesregierung und wird häufig zu Veranstaltungen im Kanzleramt zu den Themen Flucht, Migration und Integration eingeladen – und bringt dort kenntnisreich die Perspektive der Frauen ein.

DaMigra hat auch an der Erstellung des CEDAW-Schattenberichts mitgewirkt und war Teil der Delegation der Nichtregierungsorganisationen beim Bericht der Bundesregierung vor dem UN-Gremium in Genf.

Auch in diesem Rahmen war Ihre Kompetenz, intersektionale Zusammenhänge und Diskriminierungen an der Schnittstelle von Geschlechterfragen und Migration aufzuzeigen, sehr gefragt.

Politische, soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe von Migrantinnen sind wichtige Rahmenbedingungen für die Integration – und damit für ein gutes Leben – von Migrantinnen sowie für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Integration ist eine beidseitige Aufgabe – die heute nicht unbedingt leichter geworden ist: In ganz Europa nehmen Rechtspopulismus und Nationalismus weiter zu. Es werden gezielt Ängste geschürt und auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten ausgetragen.

Und deshalb ist es umso wichtiger, mit einer Politik der gleichberechtigten Teilhabe aller Frauen und Männer in unserer Gesellschaft und der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen im Besonderen, diesen Versuchen der Entsolidarisierung den Boden zu entziehen.

Aber wie steht es nun um die tatsächliche politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund?

In Deutschland hatten im Jahr 2015 mehr Menschen einen Migrationshintergrund als je zuvor: rund 17 Millionen Menschen, das entspricht nahezu 20 % der Gesamtbevölkerung.

Im Bundestag haben nur 37 Parlamentarier*innen einen Migrationshintergrund. Das sind knapp 6 % der Abgeordneten. Davon sind 15 Frauen.

In den Landtagen lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2015 im Durchschnitt bei 4,5 %.

Das gilt auch für die Wahlbeteiligung von Deutschen mit Einwanderungsgeschichte: Denn diese ist unterdurchschnittlich und liegt bis zu 20 Prozentpunkte unter der Beteiligung der deutschen Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte. Das muss sich ändern, denn die Ausübung des Wahlrechts zählt zu den Grundrechten und ist Ausdruck gelebter Teilhabe und Identifikation mit der Einwanderungsgesellschaft.

Die politische Partizipation wird auch von der Zivilgesellschaft unterstützt, von den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und gerade auch von den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten. Hier finden sich Migrantinnen zusammen, die ihre Interessen in geschlechtergemischten Migrantenorganisationen oder in Frauenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft dennoch oft nicht wahrgenommen sehen.

Denn unsere Demokratie lebt davon, dass alle Menschen repräsentiert sind.

Für die politische Teilhabe von Frauen und auch von Migrantinnen setzen wir uns mit konkreten Maßnahmen ein:

Das Helene-Weber-Kolleg ist die erste bundesweite und parteiübergreifende Plattform für engagierte Frauen in der Kommunalpolitik. Helene Weber war eine der vier Mütter des Grundgesetzes, die dessen Artikel 3 – »Frauen und Männer sind gleichberechtigt« – erfolgreich erkämpft haben. Erwähnen möchte ich den Helene-Weber-Preis, den das Bundesfrauenministerium schon zum 3. Mal vergeben hat – um das kommunalpolitische Engagement von Frauen zu stärken, anzuerkennen und sichtbar zu machen. Auch ein Vorstandsmitglied von DaMigra e. V., Frau Dr. Herzberger-Fofana, ist eine der Preisträgerinnen.

DaMigra hat als ersten Punkt die politische Partizipation in ihre Wahlprüfsteine aufgenommen. Mindestens ebenso wichtig ist für Migrantinnen die Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb folgen in den Wahlprüfsteinen von DaMigra die Themen Arbeit und Bildung. Auch dazu ist in dieser Legislaturperiode einiges geschehen: die Einführung des Mindestlohns, die Weiterentwicklung des Elterngelds zum ElterngeldPlus, der Ausbau der Kinderbetreuung in ganz Deutschland oder die Quote für Frauen in Aufsichtsräten.

Anfang des Jahres haben wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Berliner Senat und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein gleichstellungspolitisches Modellprojekt zur Arbeitsmarktintegration alleinreisender geflüchteter Frauen gestartet. Damit wollen wir nicht nur Frauen bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen, sondern auch die Akteur*innen dafür sensibilisieren, die geflüchteten Frauen ganzheitlich in den Blick zu nehmen, so dass Integration nachhaltig gelingen kann.

Mit dem Programm »Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein« wollen wir diese Zielgruppe nachhaltig in existenzsichernde Beschäftigung bringen. Dazu werden die Teilnehmerinnen in bundesweit 80 Projekten auf ihrem Weg in eine Beschäftigung individuell begleitet und der Zugang zu den Angeboten zur Arbeitsmarktintegration verbessert.

Und nun komme ich zum Schluss und möchte DaMigra herzlich danken. Und allen engagierten Migrantinnen, die in den Mitgliedsorganisationen, aber auch in anderen Organisationen ganz überwiegend ehrenamtlich und unentwegt arbeiten.

Ihnen allen wünsche ich weiterhin viel Erfolg bei Ihrer so wichtigen Arbeit.

Allgemeine Erklärung der *Menschenrechte*

PRÄAMBEL
RESOLUTION 217 A (III) DER GENERALVERSAMMLUNG
DER VEREINTEN NATIONEN VOM 10. DEZEMBER 1948

Da **die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,**

da **die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, daß einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt,**

da **es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen,**

da **es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,**

da **die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,**

da **die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken,**

da **ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,**

verkündet die Generalversammlung

diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

ARTIKEL 1
Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

ARTIKEL 2
Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.
Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

ARTIKEL 3
Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

ARTIKEL 4
Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

ARTIKEL 5
Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

ARTIKEL 6
Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

ARTIKEL 7
Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

ARTIKEL 8
Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

ARTIKEL 9
Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

(AUSZUG)

Politische Partizipation von Migrantinnen* in Deutschland

—

Eine Perspektive der Menschenrechte

KEYNOTE (AUSZUG): PROF. DR. BEATE RUDOLF,
DIREKTORIN DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR MENSCHENRECHTE

Das Thema dieser Jahreskonferenz, »Politische Teilhabe von Migrantinnen«, könnte 2017 nicht treffender und aktueller sein. Nicht nur, weil im September dieses Jahres Bundestagswahlen stattfinden werden und zahlreiche Landtagswahlen bereits hinter uns liegen. Sondern auch, weil die Demokratie heute mehr denn je Menschen braucht, die sie bejahen, die sie leben und die sich für sie einsetzen.

PARTIZIPATION: BRÜCKE ZWISCHEN DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTEN

Demokratie und Menschenrechte stehen in einem wechselseitigen Verhältnis: Demokratie braucht Menschenrechte und Menschenrechte brauchen Demokratie. Politische Partizipation ist das verbindende Element – sie ist ein Menschenrecht und sie ist zugleich die Grundlage der Demokratie. Demokratie lebt von der Partizipation aller, und deshalb braucht sie die Partizipation von Frauen – *allen* Frauen, seien sie hier geboren oder zugewandert.

Eine funktionierende Demokratie existiert nicht ohne Menschenrechte, denn Demokratie ist nicht die Tyrannei der Mehrheit. Demokratie ist vielmehr ein auf wiederkehrenden Wahlen beruhendes Regierungssystem, in dem die Menschenrechte, gerade auch jene von Minderheiten, geachtet und verwirklicht werden. Das zeigt sich ganz unmittelbar darin, dass es ohne Meinungsfreiheit, ohne Pressefreiheit, ohne Versammlungsfreiheit und ohne Vereinigungsfreiheit keine freien und damit anerkennenswerten Wahlen und Abstimmungen geben kann. Das Verfassungsreferendum in der Türkei ist hierfür nur das jüngste Beispiel aus Europa.

Außerdem begrenzen die Menschenrechte die Entscheidungsfindung durch Parlament und Regierung. Auch die Mehrheit kann sich nicht über die Menschenrechte hinwegsetzen. Sie darf keine diskriminierenden Gesetze erlassen. Sie darf beispielsweise nicht zur Terrorismusbekämpfung das Verbot der rassistischen Diskriminierung unterlaufen oder die Rechte auf Privatsphäre

Wir brauchen alle die Stimmen von allen, damit wir alle gemeinsam unsere Zukunft in der Demokratie gestalten können.

und auf Freiheit aushöhlen. Sie muss die Menschenrechte geflüchteter Menschen, etwa auf ein faires Asylverfahren, auf Schutz, angemessene Unterbringung und Gesundheitsversorgung, achten. Für die oftmals erforderliche Grenzziehung braucht es die Teilhabe aller, denn es müssen alle Perspektiven in den Entscheidungsprozess eingebracht werden können.

Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, zu betonen, dass Demokratie und Menschenrechte zusammengehören. Sogenannte »illiberale Demokratien« sind keine Demokratien. Populistische Politiker*innen, Parteien oder Bewegungen, die – auch hierzulande – behaupten, sie *allein* seien das Volk oder sie würden den »wahren Volkswillen« verkörpern, leugnen den menschenrechtlichen Kern der Demokratie: dass die demokratische Entscheidung auf Aushandlungsprozessen beruht und daher den fairen Wettstreit der Meinungen voraussetzt. Deshalb müssen alle Menschen zu Wort kommen, gerade auch diejenigen, die marginalisiert, die an den Rand gedrängt werden.

Wer »Wir sind das Volk!« ruft, und damit meint, »Nur wir sind das Volk!«, der ist kein Demokrat, weil er die Meinungen der anderen nicht gelten lassen will. Nur wenn sich Menschen so wie Sie heute auf dieser Konferenz zusammentun, wenn sie in Versammlungen und Vereinigungen wie DaMigra ihre Meinung einzeln und gemeinsam bilden und vertreten können, und wenn sie zugleich bereit sind, sich auf die Argumente der anderen einzulassen, nur dann können der faire Wettstreit der Meinungen, die Partizipation aller und damit die demokratische Entscheidungsfindung überhaupt gelingen.

Alle Menschen in einer Gesellschaft müssen darlegen können, wo sie Defizite und Handlungsbedarfe sehen, und sie müssen für die Lösungen werben können, die sie für notwendig und die besten halten. Außerdem müssen sie die Möglichkeit erhalten, ihre Sichtweisen auch in ganz konkreten Entscheidungsprozessen vorzutragen und damit gehört zu werden. *Das* meint politische Teilhabe – und das ist mindestens genauso

wichtig für eine funktionierende Demokratie wie das Recht, zu wählen und gewählt zu werden. Die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen macht die konkret getroffene Entscheidung nachvollziehbar und akzeptabel. Partizipation schafft Legitimation. Das gilt insbesondere für Menschen, die in ihrem alltäglichen Leben Ausgrenzung und Machtlosigkeit erleben.

OHNE PARTIZIPATION KEIN GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Politische Partizipation ist also für die Entscheidungsfindung im demokratischen Staat unentbehrlich. Sie hat darüber hinaus eine weitere grundlegende Bedeutung: Wenn sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in das Gemeinwesen einbringen, dann tragen sie dazu bei, den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu begründen und zu stärken.

In demokratischen Entscheidungsprozessen, ob in Bund, Land oder Gemeinde, treffen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit aufeinander – unterschiedlicher sozialer, religiöser und beruflicher Prägung, unterschiedlicher Herkunft und Werdegänge, unterschiedlichen Geschlechts, Alters, Familienstands, mit und ohne Behinderung, usw. Die Auseinandersetzung mit ihnen und ihren unterschiedlichen Auffassungen ist für alle Beteiligten ein Lernprozess: Jede*r ist anders, aber alle haben dasselbe Recht, mitzugestalten.

In politischer Beteiligung wird dieses Fundament des menschlichen Zusammenlebens gelebt, das amnesty international einmal so formuliert hat:

»Menschen sind nicht gleich, aber ihre Rechte.«
AMNESTY INTERNATIONAL

Demokratische Entscheidungsverfahren funktionieren nur, wenn jede*r Einzelne bereit und gewillt ist, die anderen als Menschen mit gleichen Rechten anzuerkennen. Für diese Anerkennung anderer, trotz subjektiv wahrgenommener Verschiedenheit, müssen Menschen miteinander in Austausch kommen. Nur so können wir verhindern, dass aus Unwissenheit Abwertung, Ausgrenzung und Misstrauen entstehen, dass ein »Wir« gegen »die Anderen« geschaffen wird, dass Hass geschürt wird. Denn solcher Hass gegen »den Anderen« zerstört den Respekt vor dem anderen Menschen. Gegenseitiger Respekt ist jedoch grundlegend für gemeinsame Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in einer vielfältigen Gesellschaft und damit grundlegend für die Demokratie. Politische Partizipation ist deshalb neben der sozialen Teilhabe – im Arbeitsleben, Bildungsbereich, der Freizeit, wo Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenkommen – unerlässlich, um eine stabile, inklusive Gesellschaft zu erhalten.

Wer sich an der Gestaltung des Gemeinwesens auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene beteiligt, übernimmt Verantwortung für sein eigenes konkretes Lebensumfeld und zugleich die gesamte staatliche Gemeinschaft. Das ist eine wichtige Botschaft gegenüber den anderen Menschen im Staat: »Ich gestalte mit, denn ich gehöre zur Gemeinschaft.« Umgekehrt ist die Möglichkeit der Beteiligung eine Aussage der staatlichen Gemeinschaft darüber, wer zu ihr gehört. Der Ausschluss von politischer Beteiligung ist daher auch eine Ausgrenzung, die weit über die jeweiligen Entscheidungsprozesse tief in das gesellschaftliche Zusammenleben und das Zusammengehörigkeitsgefühl hineinwirkt.

PARTIZIPATION: EIN MENSCHENRECHT?

Das Recht auf politische Teilhabe steht in diesem Spannungsfeld: Einerseits sollen diejenigen entscheiden können, die von einer Entscheidung betroffen sind. Dies wird in der Regel an der Staatsangehörigkeit festgemacht. Andererseits markiert politische Teilhabe ihrerseits die Zugehörigkeit zu einer staatlich verfassten Gemeinschaft – und grenzt damit diejenigen aus, die nicht mitentscheiden dürfen: Kinder, in Deutschland auch bestimmte Menschen mit Behinderungen und eben dauerhaft im Land lebende ausländische Staatsangehörige und Staatenlose. Deshalb war und ist der Kampf um das Wahlrecht immer auch ein Kampf um Anerkennung als Gleiche. Der Kampf um das Frauenwahlrecht – das in Deutschland vor fast 100 Jahren errungen wurde, zeigt das deutlich.

Die internationalen Menschenrechtsverträge greifen dieses Denken auf. Sie garantieren zwar das Recht auf politische Teilhabe durch das aktive und passive Wahlrecht und das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern. Aber sie begrenzen es auf Staatsbürger*innen – siehe Artikel 25 des sogenannten Zivilpakts, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

ARTIKEL 25 ZIVILPAKT

Jeder Staatsbürger hat das Recht und die Möglichkeit, ohne Unterschied nach den in Artikel 2 genannten Merkmalen und ohne unangemessene Einschränkungen
a) an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen;
b) bei echten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, bei denen die freie Äußerung des Wählerwillens gewährleistet ist, zu wählen und gewählt zu werden;
c) unter allgemeinen Gesichtspunkten der Gleichheit zu öffentlichen Ämtern seines Landes Zugang zu haben.

Die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW (Convention on the Elimination of Discrimination against Women) sichert Frauen das gleiche Recht auf politische Partizipation.

ARTIKEL 7 CEDAW

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben ihres Landes und gewährleisten insbesondere allen Frauen in gleicher Weise wie den Männern
a) das Stimmrecht bei allen Wahlen und Volksabstimmungen sowie das passive Wahlrecht für alle öffentlich gewählten Gremien;
b) das Recht auf Mitwirkung an der Ausarbeitung der Regierungspolitik und deren Durchführung sowie auf Bekleidung öffentlicher Ämter und auf Wahrnehmung aller öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit;
c) das Recht auf Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen.

Im englischen Originaltext heißt es freilich nicht »ihres Landes« – »their country« – sondern »the country«. Es bleibt also offen, ob das Recht nicht auch in dem Land gilt, in dem eine Frau lebt, ohne dessen Staatsangehörige zu sein.

Dass die Menschenrechtsverträge das Recht auf politische Teilhabe auf Staatsangehörige begrenzen, ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Denn Menschenrechte sind die Rechte, die jedem Menschen kraft seines Menschseins zustehen. Sie sind gerade nicht auf bestimmte Gruppen von Menschen begrenzt – anders als Bürgerrechte, die allen Staatsbürger*innen eines Staates aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit zustehen.

Wie alle Menschenrechte soll auch das Recht auf politische Teilhabe jedem Menschen ermöglichen, selbstbestimmt zu leben. Das ist der zentrale Inhalt der Menschenwürde, und diese bildet wiederum den Kern der Menschenrechte. Selbstbestimmung bedeutet, dem eigenen Leben Sinn und Zweck zu geben. Dieser menschenrechtliche Gehalt des Rechts auf politische Teilhabe bildet die Grundlage für Forderungen nach mehr Partizipation, gerade derjenigen, die auf unabsehbare Zeit in einem Land leben, dessen Staatsangehörige sie nicht sind.

Ein erster Schritt in die Richtung eines Rechts auf politische Teilhabe von Nicht-Staatsangehörigen ist die Konvention über die Rechte der Wanderarbeitnehmer*innen und ihrer Familien. Dort ist nicht nur die menschenrechtliche, wenn auch nicht politische, Selbstverständlichkeit festgeschrieben, dass Wanderarbeitnehmer*innen an den öffentlichen Angelegenheiten ihres Herkunftsstaates weiterhin mitwirken und wählen dürfen. Die Konvention schreibt vielmehr auch vor, dass die Aufnahmestaaten von Wanderarbeitnehmer*innen die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten für sie »in Betracht ziehen« sollen. Das ist noch kein Menschenrecht auf politische Partizipation, aber eine – wenn auch schwache – Verpflichtung der Aufnahmestaaten, die im politischen Kampf um mehr Beteiligung genutzt werden kann.

Menschenrechte mussten immer erkämpft werden – auf nationaler und internationaler Ebene. Das gilt auch heute noch. Mut geben die Erfolge der Vergangenheit.

Menschenrechte mussten immer erkämpft werden.

So hat beispielsweise der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die politischen Rechte von Migrant*innen gestärkt. Auch Sie hier im Saal wären nicht zusammengekommen, wenn Sie nicht den Willen hätten, etwas zu verändern, und den Optimismus, dass dies gelingen kann. Beteiligen Sie sich also an den internationalen Prozessen zur Fortentwicklung der geschriebenen Menschenrechte und arbeiten Sie in Deutschland an der Stärkung der politischen Teilhabe von Nicht-Staatsangehörigen mit!

Die Chance besteht auf der internationalen Ebene gegenwärtig bei den Verhandlungen in den Vereinten Nationen über den »Global Compact on Migration«, ein Pakt zwischen den Staaten für sichere und geordnete Migration. Hier können sich Vertreter*innen der Zivilgesellschaft beteiligen, um die politische Partizipation von Migrant*innen zu verstärken und die Beachtung der Menschenrechte von Migrant*innen sicherzustellen.

Auf der nationalen Ebene zeigen sich zwei Wege, die menschenrechtspolitisch gangbar sind. Erstens die Erweiterung der demokratischen Beteiligungsrechte für Nicht-Staatsangehörige in Wahlen, Entscheidungsprozessen und Ämtern. Zwar hat das deutsche Verfassungsgericht 1990 eine restriktive Entscheidung über das Wahlrecht für Ausländer*innen gefällt. Es ging davon aus, dass das Staatsvolk, das in Wahlen entscheidet, nur Staatsangehörige meinen kann, da diese eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Fremde Staatsangehörige, so das Argument, könnten sich jederzeit negativen Folgen ihrer politischen Wahlentscheidung entziehen, indem sie in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Jüngste unfreiwillige Migrationsbewegungen zeigen eine ganz andere Realität: Die Rückkehr in das Herkunftsland ist oft nicht mehr möglich. Darüber hinaus liegt dieser Argumentation auch eine unreflektierte, naiv anmutende Haltung zugrunde; denn Menschen, schlagen Wurzeln, wo sie sich niederlassen, in eine Gemeinschaft eintreten und sich ein neues Leben aufbauen. Erst recht ist die Ausreise keine realistische Option, wenn man in Deutschland als fremde*r Staatsangehörige*r geboren wurde und hier sein ganzes Leben gelebt hat, seine Freunde und Familie hat und Lebenspläne geschmiedet hat. Heute, 27 Jahre nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts, ist es an der Zeit zu fragen, ob dessen Argumentation noch überzeugt.

Der zweite politisch mögliche Weg ist die erleichterte Einbürgerung, um über die Staatsbürgerschaft das Recht auf politische Beteiligung zu erlangen. Das zentrale Argument gegen Doppelstaatsangehörigkeit ist: »Man kann nicht Diener zweier Herren sein.« Hiergegen sage ich mit der Journalistin und Frauenrechtsaktivistin Kübra Gümüşay:

»Es ist nicht der Mensch Diener des Staates, sondern der Staat ist der Diener des Menschen.«
KÜBRA GÜMÜŞAY

Der zentrale Zweck des Staates ist es doch, die Menschenrechte *aller* Menschen zu verwirklichen, die sich auf einem Staatsgebiet befinden. Und es ist auch eine lebensfremde Annahme, Doppelstaatler*innen würden einfach mal eben ihr soziales Umfeld, ihre Arbeit und ihren Lebensplan aufgeben, wenn sie feststellen, dass ihre Wahlentscheidung falsch war.

Mit der Verfassungsgerichtsentscheidung von 1990 lässt sich aber auch festhalten: Wenn der Kreis derer, die über die Zusammensetzung unserer Parlamente und Regierungen befinden, und der Kreis derer, die von staatlichen Entscheidungen betroffen sind, immer weiter auseinanderklaffen, dann entsteht ein Spannungsfeld, das überwunden werden muss, damit das demokratische System seine Legitimität behält. Hält man an der Verbindung von Wahlrecht und Staatsangehörigkeit fest – wie es die meisten Staaten der Welt tun – dann muss man die Einbürgerung erleichtern.

Die Menschenrechte geben uns in der Debatte um die erleichterte Einbürgerung bei Fortbestehen der Doppelstaatlichkeit ein ganz wichtiges Argument an die Hand: das Verbot der Diskriminierung. Je mehr Doppelstaatlichkeit zugelassen wird, insbesondere als Folge des EU-Rechts und von bilateralen Verträgen, desto weniger lässt sich das Verbot der Doppelstaatlichkeit rechtfertigen. Diskriminierung geschieht aber auch durch Debatten mit ausgrenzender Stoßrichtung, wie die »Kopftuchdebatte« zeigt, die die Akzeptanz von Muslim*innen und damit die Einbürgerung von muslimischen Migrant*innen erschwert. Wir brauchen stattdessen Debatten und Politiken zur Stärkung des Zusammenhalts unseres Gemeinwesens. In diesen Debatten muss im Mittelpunkt stehen, wie wir zusammenleben können und dies auf der Grundlage der Ausübung von Menschenrechten durch jedes Mitglied dieser Gemeinschaft. Mit anderen Worten: Wir brauchen gelebte Solidarität und den Einsatz dafür, dass andere ihre Menschenrechte genauso leben können wie ich selbst!

Ich bin – wie Sie – davon überzeugt, dass wir die Integrationsdebatte und die Partizipationsdebatte zusammenführen müssen. Integration kann nicht ohne Teilhabe an der Gestaltung des Lebensumfeldes der Frauen stattfinden. Die UN-Frauenrechtskonvention wie auch die Arbeit von DaMigra zeigen, dass gerade im politischen Leben Frauen nicht die gleichen Möglichkeiten zur politischen Partizipation besitzen und deshalb eine Geschlechterperspektive eingenommen werden muss. Denn erst dann kann die Frage gestellt werden: Können wirklich alle an der politischen Gestaltung in ihrer Gemeinde mitwirken? Und wie sieht es mit der Teilhabe in anderen Lebensbereichen aus? In Schule, Arbeitsumfeld, Freizeit? Auch in Integrationskursen muss die Schlüsselrolle von Menschenrechtsbildung erkannt und richtig umgesetzt werden. Hier ist die Universalität von Menschenrechten zu betonen. Sie dürfen nicht als ausschließlich westliche Werte kulturell vereinnahmt werden. Denn sie haben ihren kulturellen Ursprung in vielen Kulturen, sei es nun in Deutschland oder – wie wir gehört haben – in Mali.

Wir brauchen alle die Stimmen von allen, damit wir alle gemeinsam unsere Zukunft in der Demokratie gestalten können.

Vielen Dank!

Das »gute Recht« jeder einzelnen Frau*

NACH DER KEYNOTE DER DIREKTORIN DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR MENSCHENRECHTE, PROF. DR. RUDOLF, ERGEBEN SICH IM THEATERSAAL DER WERKSTATT DER KULTUREN SCHNELL FRAGEN.

Die Moderatorin Marianne Ballé Moudoumbou, stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der afrikanischen Gemeinde in Deutschland, beginnt:

Wir sprechen sehr oft über die Frauenrechtskonvention CEDAW – das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Alle sind dazu aufgefordert, sich mit dieser grundlegenden Konvention der Vereinten Nationen zu befassen. Viel zu wenig sprechen wir aber über andere Menschenrechtsinstrumente – etwa über den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den Sozialpakt der UN –, die nicht zuletzt für die Selbstbestimmung von Frauen von besonderer Bedeutung sind. Die UN-Vollversammlung hat die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen. Aus diesem Grund sind auch die Erklärung und der Aktionsplan von Durban, von der 3. Weltkonferenz gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz von 2001 für uns von großer Bedeutung. Dort sind nicht nur die Anerkennung der Sklaverei und des Handels mit versklavten Menschen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu allen Zeiten verankert. Der Aktionsplan enthält auch einen umfassenden Katalog wirksamer Maßnahmen gegen strukturellen bzw. institutionalisierten und alltäglichen Rassismus.

Beate Rudolf: Sie haben völlig Recht damit, dass wir mehr über die anderen Menschenrechtsverträge sprechen müssen. Aus der Sicht der Frauenrechte ist es wichtig, sie alle zu kennen und sich für sie einzusetzen, da sie die Menschenrechte von Frauen konkretisieren – zum Beispiel die Behindertenrechtskonvention oder die Anti-Rassismus-Konvention. Das macht die enorme Bedeutung und Attraktivität dieser Verträge aus. In ihnen wurde festgelegt, wozu die einzelnen Staaten verpflichtet sind, was also das „gute Menschenrecht" jeder einzelnen Frau* gegenüber dem Staat ist.

Frage 2: Behshid Najafi, agisra Köln
Ich bin von der Beratungsstelle für Migrantinnen und geflüchtete Frauen, agisra in Köln und setze mich seit 25 Jahren für die Menschenrechte dieser Frauen ein. Was für mich wichtig ist: Wie können wir die Demokratie beschreiben? Drei grundlegende Säulen der Bundesrepublik Deutschland sind: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Sie sind untrennbar miteinander verbunden. Wird eine Säule außer Kraft gesetzt, kommen auch die anderen beiden nicht zum Tragen. Ich bin stolz, dass diese Säulen in Deutschland verankert sind. Die Säule der Sozialstaatlichkeit ist in den letzten Jahren allerdings deutlich ins Schwanken geraten. Eine hohe Anzahl von Menschen hat keinen Zugang zu existenziellen familienpolitischen Maßnahmen. Menschen und ihre Familien im Arbeitslosengeld- oder Sozialhilfebezug haben keinerlei Anspruch auf Kinder- oder Elterngeld. 15% aller Kinder in diesem Land sind davon betroffen! Zusätzlich sind Migrantinnen und geflüchtete Frauen überproportional von dieser Benachteiligung betroffen. Wo bleiben also die Menschenrechte für diesen Personenkreis? Seit 2011 wurde ihnen das Elterngeld gestrichen und ich frage mich: Welches Zeichen wird hier familienpolitisch gesetzt? Zugespitzt ausgedrückt bedeutet dies doch: Eure Kinder, Euren Familienwachstum wollen wir nicht unterstützen. Wie stehen Sie dazu?

Beate Rudolf: Ich stimme Ihnen ganz zu: Sozialstaatlichkeit ist ein fundamentales Element der Bundesrepublik Deutschland. Menschenrechtlich betrachtet ist es wichtig, dass das deutsche Verfassungsgericht folgendes anerkannt hat: Das Sozialstaatsprinzip muss mit den Pflichten aus dem Sozialpakt gefüllt

»Bei einer Politik zur Stärkung der Frauen müssen wir auch die Männer mitnehmen«

RUDOLF

werden. Was Sie anführen, unterstreicht ganz genau, dass die Unteilbarkeit von Menschenrechten nicht nur ein Slogan ist, sondern die Lebenswirklichkeit darstellt. Wir brauchen die Verwirklichung aller sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte, sonst wird das Ziel der Menschenwürde – die Selbstbestimmung des Menschen – nicht erreicht.

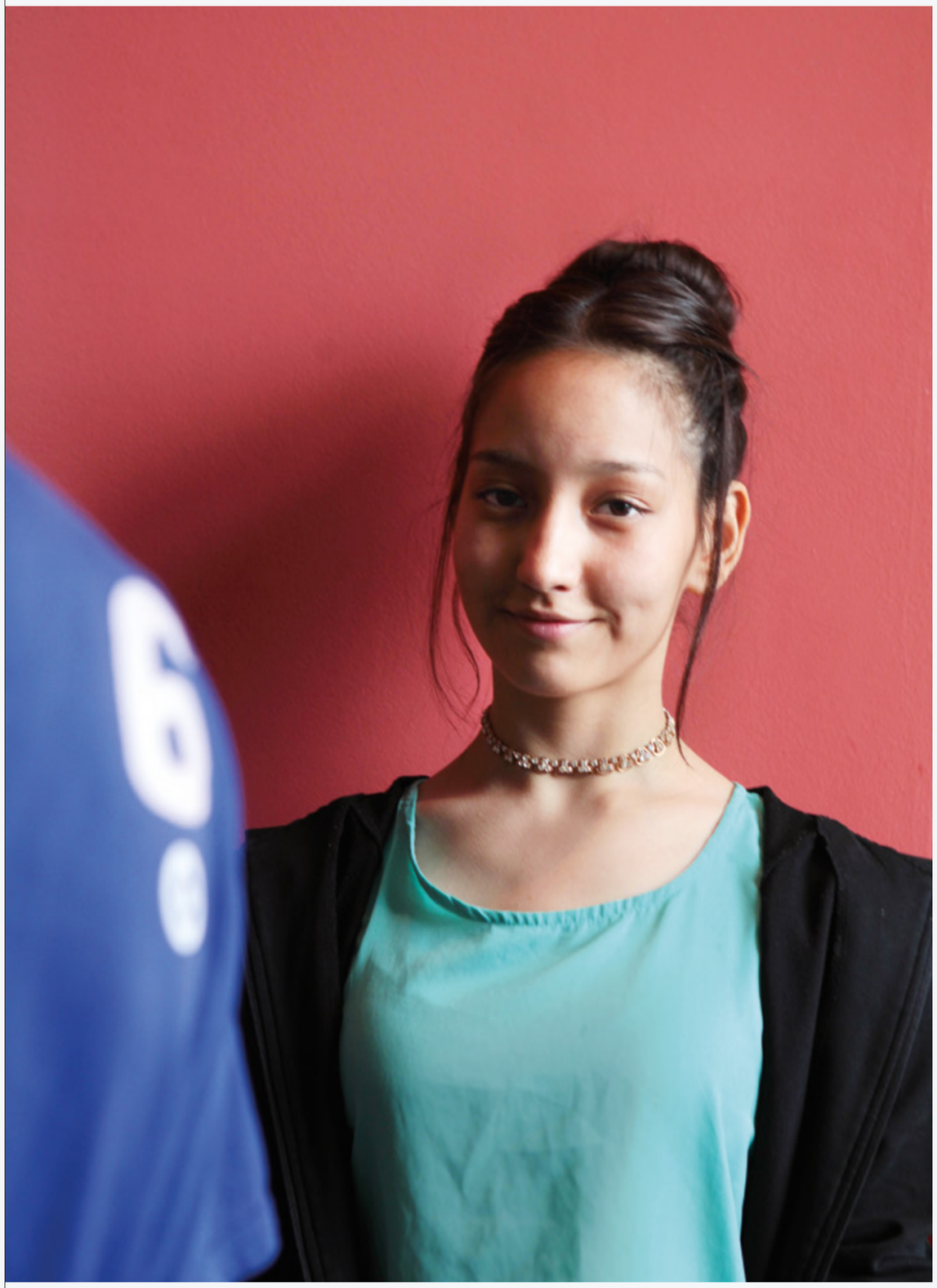
Frage 3: Gordana Herold, Romane Romnja
Zu Beginn Ihrer Rede sagten Sie, dass eine Demokratie alle Minderheiten mitnehmen solle. Während meiner langjährigen Aktivität für den Kölner Verein Romane Romnja frage ich mich immer wieder: Wie können Roma-Frauen mitgenommen werden? Es ist wissenschaftlich belegt und inzwischen auch allgemein bekannt, dass Romnja in Deutschland und Europa besonders stark diskriminierte Minderheiten darstellen. Wie können wir diesen Frauen, die durch ihre Sozialisierung zudem selten empowert oder emanzipiert sind, Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen?

Beate Rudolf: Gäbe es die eine schnelle Antwort, wäre sie schon längst in der Anwendung. Deshalb ist umso wichtiger: Wir müssen mit Empowerment beginnen, um auch Roma-Frauen dabei zu unterstützen, ihre Rechte zu kennen und wahrnehmen zu können. Erfolgserlebnisse spielen hierbei die Schlüsselrolle. Wir kennen das alle: Nur wenn Strategien zeitnah funktionieren und Instrumente tatsächlich zum Erfolg führen, sind wir motiviert für Veränderungen. Das ist ein ganz langer Weg, aber einer, der ja für uns alle gilt. Wir brauchen für Roma-Frauen gezielte Projekte und Maßnahmen in Deutschland. Um sie gegenüber der doppelten und täglich erlebten Diskriminierung als Frau und als Romnja stärken zu können. In diesem langwierigen Prozess müssen wir auch die Roma-Männer mitnehmen, um Männer und Frauen nicht in eine Konfrontationsstellung zu bringen. Sondern um stattdessen deutlich zu machen, dass es darum geht das Leben von allen zu verbessern, und uns gegenseitig, auch jenseits von zugeschriebenen Frauen- und Männerrollen, anzuerkennen. Das ist eine sehr große Herausforderung, aber da verfügen Sie alle in ihrer Arbeit vor Ort, in ihren Organisationen, über viel mehr Erfahrung als ich.

Frage 4: Alia Moustafa, aus Syrien geflüchtete CEDAW-Trainerin und Projektmitarbeiterin im MUT-Projekt bei DaMigra
Ich bin vor einem Jahr als Flüchtling nach Deutschland gekommen, die deutsche Sprache ist noch ein bisschen schwer für mich. Ich bin Trainerin für CEDAW und weiß: Nur wenn Frauen* ihre Rechte kennen, können sie ihre Rechte einfordern. Das Problem ist: In vielen Ländern kennen Frauen* ihre Rechte nicht. Und wenn die Frauen* Migrantinnen* oder Flüchtlinge sind, fühlen sie sich, als hätten sie bereits dadurch weniger Rechte als andere Frauen*. Ich bin froh darüber, Trainerin* zu sein, und kenne deshalb meine Rechte in Deutschland und in anderen Ländern. Ich glaube deshalb, dass unsere wichtigste Aufgabe in Vereinen und Organisationen ist, den Frauen* ihre Menschenrechte beizubringen. Ich verstehe auch nicht, warum viele Menschen in Deutschland die Frauenrechtskonvention CEDAW nicht kennen. Deutsche Frauen* sind engagiert und sprechen viel über Flüchtlinge oder Migrantinnen*rechte. Das ist sehr gut und ich bin jetzt glücklich. Doch wir brauchen Ihre Hilfe bei der Vermittlung der Menschenrechte. Ich danke Ihnen sehr.

»Unsere Rolle ist es, überall, in Schulen und Organisationen, Menschenrechte und Frauen*rechte zu lehren.« MOUSTAFA

Als Alia Moustafa mit diesem Appell endet, klatscht der ganze Saal wie auf ein Zeichen. Marianne Ballé Moudoumbou betont an dieser Stelle eindringlich die Wichtigkeit dieses Statements der erfahrenen Frauenrechtsaktivistin und erteilt das Wort an die Vorstandsfrau Virginia Wangare Greiner.



»Willst du politische Partizipation betreiben oder arbeiten?«

ORTMANN

Virginia Wangare Greiner, Vorsitzende des Menschrechtsvereins Maisha e. V. und Vorstandsfrau bei DaMigra
Wir beraten und begleiten in Frankfurt geflüchtete Frauen* und Mädchen – auch diejenigen, die keine Papiere und medizinische Versorgung haben. Wir dürfen diese Zielgruppe nicht vergessen. Das sind oft vielfach traumatisierte Frauen*, die vor kurzem erst geflüchtet sind, um dann völlig schutzlos ohne die so dringend notwendigen Ausweispapiere und Bleiberechte dazustehen. Statt sie zu schützen, lassen wir sie allein. Und wenn sie aus asylrechtlichen Gründen in ihr Herkunftsland zurückgehen müssen, werden sie bereits von den Menschenhändlern empfangen. Unserer Erfahrung nach kommen viele Frauen* nach der Abschiebung durch ein anderes Land der EU wieder nach Deutschland und zu uns in die Beratung. Der Kreis schließt sich. Unser sozialstaatliches System hat durch die Abschiebung nicht gegriffen, stattdessen greift das System des organisierten Menschenhandels. Die sind sehr gut organisiert. Wir müssen uns auch gut organisieren. Wir müssen unsere nationalen und internationalen, rechtlichen und sozialen Netzwerke anders nutzen.

Frage 5: Galina Ortmann, stellv. Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats
Was mir fehlt zur politischen Repräsentation von Frauen* mit Migrationsgeschichte, sind aussagekräftige Daten. Wir haben nur allgemeine Daten, die besagen: 6% mit Migrationshintergrund im Bundestag, 3% in Landesparlamenten und 30% in der Bevölkerung großer Städte und Landkreise. Zum erwähnten Mentoringprogramm des Bundesfamilienministeriums möchte ich Folgendes anregen: Es sollte besser finanziell ausgestattet werden. Ich war selbst Teilnehmerin, bundesweit waren aber nur 30 Plätze vorhanden. Frauen* mit Zuwanderungsgeschichte haben oft geringe finanzielle Mittel und das stellt ein großes Hindernis zur Teilnahme an solchen Programmen dar. Aufwandsentschädigungen wie die Fahrtkostenübernahme spielen eine Rolle. Auch die Sensibilisierung von Arbeitgebern im öffentlichen Dienst oder politischen Dachverbänden ist wichtig. Mir wurde gesagt: »Willst du politische Partizipation betreiben oder arbeiten?!« Die Frauen* arbeiten unter prekären Arbeitsbedingungen, sie haben befristete Verträge. Diese diskriminierenden Faktoren spielen eine große Rolle. Ich wünsche mir, dass in dieser Richtung mehr gemacht wird.

Marianne Ballé Moudoumbou: Das große Fass der Datenerhebung ist hiermit auch aufgemacht. Wir wissen, dass in politischen Gremien Schwierigkeiten existieren, was die Bedarfe verschiedener Communities betrifft. Daran müssen wir noch arbeiten.

Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, eine der sieben Vorstandsfrauen* von DaMigra
schließt sich nun an:
Zur Zeit haben wir ein ganz großes Problem: Ich nenne sie die »proletarische Akademikerin«. Sehr viele Frauen*, besonders afrikanische Frauen*, sind diplomiert und haben alle Voraussetzungen, eine qualifizierte Arbeit auszuüben. Aber sie arbeiten nicht in ihrem Beruf. An einer Erlanger Schule, wo ich viele Jahre unterrichtete, hatten sämtliche Putzfrauen in ihrer Heimat einen akademischen Abschluss absolviert. Es kann nicht sein, dass wir in diesem Land hochqualifizierte Frauen* haben, die putzen gehen. Diese Frauen* sind meist verzweifelt und demotiviert – am Ende traumatisiert. Wie steht es mit der Menschenrechtsbildung in diesem Fall?

Frage 6: Dr. Delal Atmaca, Vorstandsfrau DaMigra
Ich schließe mich Galina Ortmann an und beziehe mich auf Artikel 4 der UN-Frauenrechtskonvention. In diesem Kontext könnten die sogenannten positiven Maßnahmen angewendet werden, um diese Benachteiligung auszugleichen. Wie weit sind wir in Deutschland, auch im Vergleich zu anderen Ländern?

Marianne Ballé Moudoumbou: Mit anderen Worten: Wie bringen wir mehr Roma-Frauen* in die Aufsichtsräte und mehr afrikanische Frauen* in den Bundestag?

Beate Rudolf: Es ist schwierig, Wissen über konkrete Gleichstellungserfolge in anderen Ländern und ihren Institutionen zu erlangen. Auf deutscher Ebene fragen wir am besten, wo das AGG anwendbar ist, insbesondere bei Gütern wie Dienstleistungen und Wohnungen. Wir haben aber noch zu wenig Austausch darüber, was wo wirkt. Artikel 4 der Frauenrechtskonvention gibt uns die Basis, mehr zu wagen und zu probieren. Es braucht beschleunigte Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen. Aufgrund der Tatsachen, dass Frauen historisch im Geschlechterkampf unterlagen und stets diskriminiert wurden, muss der Fokus auf solche Maßnahmen gesetzt werden.

Zum Schluss möchte ich einen Wunsch an Sie alle äußern. Sie wissen, das DIMR ist die nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands:

»Unser Auftrag ist es, dazu beizutragen, dass Deutschland die Menschenrechte aller Menschen achtet und schützt. Wir können das nur voranbringen, wenn wir mit vielen Organisationen wie Ihnen im Austausch sind, denn Sie haben das Wissen vor Ort. Ich würde mich freuen, wenn wir auch in Zukunft noch enger im Austausch sind. Nur wenn wir wissen, was die menschenrechtlichen Probleme sind, und wissen, was die Menschenrechtsverträge beinhalten, und beides zusammenbringen, dann können wir die positiven Veränderungen herbeiführen, die wir für alle Menschen in unserem Land erreichen wollen.«

RUDOLF

Das MUT-Projekt

—

Du selbst kannst deine Identität wählen und musst keinem Bild entsprechen!

EIN INTERVIEW MIT DER PROJEKTLEITERIN DR. SORAYA MOKET
VON CAN MILEVA RASTOVIC

Ich treffe Dr. Soraya Moket vor der Geschäftsstelle des MUT-Projekts von DaMigra. Wir befinden uns auf dem ehemaligen Gelände der Kindl-Brauerei mitten in Berlin-Neukölln. Jetzt ist es ein zeitgenössisches Kunst- und Kulturzentrum. Nebenan in der beeindruckenden Industriearchitektur aus Backstein sind die MUT- und DaMigra-Büros und viele andere NGOs. Gemeinsam arbeiten sie an einer offeneren Gesellschaft, an einer besseren Welt.

C: Wo kommst du gerade her, Soraya? Du hast ja den Koffer noch in der Hand…
S: *(lacht)* Ja, ich bin ständig in Zügen. Jetzt komme ich aus Halle, das ist einer der zehn Standorte des MUT-Projekts. Gestern hatten wir eine Veranstaltung mit vielen Frauen* zum Thema Teilhabe und Gesundheit, Familienplanung und Kinderwunsch. Was passiert mit mir während der Schwangerschaft? Wie kann ich meinen Kinderwunsch umsetzen und meinem Leben hier anpassen?

C: Was macht das MUT-Projekt?
S: Es macht Mut. Es macht Frauen* mit Migrationsbezügen und geflüchteten Frauen* Mut, sich zu erheben, sich zu empowern, damit sie an unserer Gesellschaft teilhaben können. Es macht ihnen Mut, um ihre Potenziale entwickeln und ihre vielfältigen beruflichen Kompetenzen einbringen zu können. Mut, hier anzukommen. Wir bauen Brücken.

C. Und wie baut das MUT-Projekt diese Brücken?
S: Mit Menschenrechtsbildung. Wir klären die Frauen* über ihre Menschenrechte auf. Erst mit diesem Wissen können sie diese in der Aufnahmegesellschaft auch selbstbewusst einfordern – etwa gegenüber den Sachbearbeiter*innen des Arbeitsamtes, um nicht gegen ihren Willen und erlernten Beruf in die immer gleichen Pflegeberufe gezwungen zu werden. Oder im Bildungsbereich: Eltern werden für die Bildungsbiographie ihrer Kinder sensibilisiert und können so Schulempfehlungen in Frage stellen. Es geht darum, die Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen einzufordern.

C: Und aus welchen Ländern stammen die Frauen*?
S: Aus den unterschiedlichsten Ländern, wie immer beim MUT-Projekt. Aus dem arabischen Raum, aus dem Iran, aus Afghanistan, aus Lateinamerika, aus Afrika, um nur einige zu nennen. Diese Vielfältigkeit spiegelt sich auch bei unseren MUT-Mitarbeiterinnen* wieder.

C: Du hast vom Bundespräsidenten Gauck den Bundesverdienstorden erhalten?
S: Ja, dieser Orden wurde mir letztes Jahr verliehen. Die saarländische Regierung hatte mich vorgeschlagen. Der Grund des Vorschlags war mein langjähriges Engagement in der Bildungs- und interkulturellen Arbeit, in der Antirassismus-Arbeit und im Dialog der Kulturen und Religionen.

C: Hier steht in der Begründung noch ein wenig mehr: »Dr. Soraya Moket hat den Verein Ramesch sehr erfolgreich zu einer landesweit anerkannten und geschätzten Organisation im Bereich der interkulturellen Begegnung, der Bildungsarbeit, der Integration sowie im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit entwickelt.« Und unter deinem Vorsitz wurde das Deutsch-Marokkanische Kompetenznetzwerk zu einem in Deutschland beispielhaften Netzwerk aufgebaut, mit mittlerweile 700 hochqualifizierten Deutsch-Marokkaner*innen.
Soraya lächelt leise: »Ja das ist uns gelungen«, sagt sie.

C: Dann bist du ein sehr engagierter Mensch. Das unterscheidet dich von vielen anderen. Wenn du zurückdenkst: Was war deine Initialzündung?
S: Als ich an der Uni Trier studierte, wurde mir schnell bewusst, dass Studierende aus dem Ausland nie gleich behandelt werden, trotz ihrer fachlichen Kompetenz. Sie waren *anders* – und wurden auch so behandelt. Das betraf besonders uns ausländische Studentinnen*. Es war zwar von Chancengleichheit die Rede, aber in der Realität sah es anders aus: Wir wurden überall in aller Selbstverständlichkeit benachteiligt. Ich kämpfe seit meinem Studium gegen Diskriminierung und Rassismus. Ich kämpfe auch für Vielfalt und Chancengleichheit und für die Gleichstellung von Mann und Frau*. Und vor allem für die Anerkennung der Kompetenzen von Menschen mit Migrationsgeschichte.

C: Du hast zum Thema »Frauen* im Demokratieprozess Marokkos« promoviert, aber das beschreibt auch deinen eigenen Kampf…
S: Genau, das Thema ist die politische Partizipation von marokkanischen Frauen* und der Demokratisierungsprozess Marokkos während des Unabhängigkeitskriegs vom Protektorat der spanischen und französischen Kolonialmächte. Im historischen Rückblick gesellschaftlicher Errungenschaften werden die Männer im Mittelpunkt gesehen und genannt. Die Risiken und Leistungen der Frauen* werden strukturell verschwiegen. Ich recherchierte ausgiebig, um die gesellschaftlichen Errungenschaften der marokkanischen Frauen* den Marokkanern selbst, aber auch der internationalen Öffentlichkeit, zu vermitteln. Denn ohne sie wäre das moderne Marokko nicht da, wo es heute steht!
Auch gewinnt in diesem Demokratisierungsprozess islamischer Länder besonders die Interpretation des Islams und des Korans aus weiblicher Sicht an Bedeutung.

C: Zurück nach Deutschland: Den Islam darstellen – vom Klischee zur Realität. Das war eine Veranstaltungsreihe Eurer Saarländer MSO. Wie sieht diese Realität aus?
S: Für mich ist es in einem modernen Islam absolut kompatibel, praktizierende Muslimin zu sein *und* für die Gleichstellung von Mann und Frau* zu kämpfen.
Wir haben starke, empowerte, muslimische Frauen*, die in allen Positionen der Gesellschaft aktiv sind. Bis heute wird aber nur Männern zugestanden, den Islam und den Koran aus ihrer Sicht zu interpretieren. Das führt zu Konflikten aufgrund von tradierten Geschlechterrollen. Als Muslimin werde ich nicht aus der Sicht des Korans selbst diskriminiert, sondern ich kann beides: praktizierende Muslimin sein und meine Rechte in der demokratischen Gesellschaft wahrnehmen. Im Zeitalter des Propheten Mohammed hatten Frauen* bereits Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie waren sowohl im politischen wie im sozialen Bereich Beraterinnen, auch des Propheten selbst.

C: Gibt es so etwas wie eine muslimische Laurie Penny, die provokante feministische Autorin aus England?
S: *(lacht)* Eine ägyptische Schriftstellerin provozierte mit der Aussage: Nehmt den Männern den Koran weg! Oder die marokkanische Journalistin Sineb El Masrar, die Autorin von *Muslimgirls*. Die Message aus ihrem neuen Buch ist: Muslimische Frauen, emanzipiert Euch! Es existiert nicht nur die eine Muslimin. Wir bewegen uns da im Bereich von hybriden muslimischen Identitäten.

C: Da wären wir direkt wieder beim MUT-Projekt, wenn wir von vielfältigen Identitäten sprechen. Was habt Ihr 2017 noch vor?
S: Wir haben vieles vor! Wir arbeiten mit Arbeitsagenturen, Jobcentern, Frauen*- und Integrationsbeauftragen der Kommunen und Landesregierungen. Sämtliche Kooperationen und Projekte werden auf Bundesebene gefördert.

Aber vor allem arbeiten wir mit den gewachsenen Migrantinnen*organisationen vor Ort. Wir profitieren von deren Erfahrung aus den migrantischen Kämpfen der letzten Jahrzehnte, das sind unsere Brückenbauerinnen*. Die zentrale Frage, die wir uns alle immer wieder stellen, lautet: Wie kann der Zugang zu den verschiedensten Frauen*-Communities gelingen? Zentral ist die Vertrauensbildung durch die Sprache und durch geschützte Räume, wo wir über sensible Themen wie z. B. Geschlechterfragen sprechen. Wir wollen den Frauen* Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglichen – damit wir nicht die Fehler der Migrationspolitik der 1960 bis 1980er Jahre wiederholen, wo keine Brücken für die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen* gebaut wurden. Diese ersten und zweiten Generationen haben den Anschluss fast verloren, und vermitteln diese Wahrnehmung dann an ihre Communities und Familien – ein fataler Fehler.

»Eine Frau*, die den Mut aufbrachte, den Weg bis nach Deutschland zu wagen und zu überleben, unterstützen wir darin, ihre vorhandenen Ressourcen und Potenziale für sich und die Gesellschaft sichtbar zu machen. Strapazen und Traumatisierung haben sie oft erschöpft und gedemütigt. Wenn man nun den Glauben an ihre eigenen Kompetenzen wieder hervorruft, dann gelingt die Integration, Teilhabe und die Ankunft in der Gesellschaft.«

MUT
SEID MUTIG MACHT MIT
ein Projekt von DaMigra
gefördert durch Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Gleiche Stimme – gleiche Rechte?

Auf dem Weg zur vielfältigen Migrationsgesellschaft

EINE PODIUMSDISKUSSION, MODERIERT VON NADIA KAILOULI,
JOURNALISTIN UND FERNSEHMODERATORIN (NDR, WDR, ARD)

MIT

CEMILE GIOUSOUF
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS, CDU

–

CANSEL KIZILTEPE
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS, SPD

CANAN BAYRAM
MITGLIED DES BERLINER ABGEORDNETENHAUSES, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

–

NACIYE CELEBI-BEKTAS
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND DGB-BEZIRK NIEDERSACHSEN, BREMEN UND SACHSEN-ANHALT

UND DR. DELAL ATMACA VORSTANDSSPRECHERIN DAMIGRA

An diesem Nachmittag im großen Theatersaal der Werkstatt der Kulturen versammeln sich Frauen aus allen Teilen Deutschlands. Sie kommen für ihre Migrantinnen*organisationen. Sie sind Akademikerinnen*, Aktivistinnen*, Mütter* und sie treten für Menschen- und Frauen*rechte ein. Seit den europaweiten Flüchtlingsbewegungen sind ihre Beratungsstellen auch überlaufen von geflüchteten Frauen* und deren Familien. Als Migrantinnen* und Deutsche wissen Sie um die Not des Ankommens und Verortens in einer fremden, oft ablehnenden Kultur. Wie finde ich meinen Platz in diesem neuen Leben? Wie helfe ich mir und meiner Familie? Welche Rechte habe ich? Viele hier machten selbst diesen Weg und helfen nun anderen Migrantinnen*. Das machen sie seit Jahrzehnten unentwegt und überwiegend im Ehrenamt. Sie leisten damit unbemerkt von patriarchalen Strukturen und der weißen Mehrheitsgesellschaft einen unschätzbaren Beitrag zur großen Aufgabe Integration.*

Auf die Theaterbühne, die heute zur politischen Bühne wird, kommen jetzt drei deutsche Parlamentarierinnen und eine Gewerkschafterin mit Migrationsgeschichte. Sie schauen fokussiert, sind professionell gekleidet. Diese Deutschen und Migrantinnen zugleich vertreten heute die großen Parteien in der Republik. Noch sind es wenige. Das Motto »Politische Teilhabe jetzt!« ist daher umso dringlicher, auch wenn sich das Thema dieser Konferenz genau in diesem Moment durch diese Politikerinnen* vor diesem Publikum erfüllt.*

Sie sprechen aus der Sicht politischer Alternativen im Sommer vor den Bundestagswahlen mit den Vertreterinnen der Migrantinnen*organisationen. Die rechtspopulistische Etablierung in der deutschen und europäischen Gesellschaft macht die Dringlichkeit der integrativen Arbeit dieser Frauen* noch deutlicher. Wie helfen wir allen Frauen* auf ihrem Weg in die Mitte einer offenen Migrationsgesellschaft? Wie können sie in Deutschland teilhaben an menschenwürdigem Wohnen und Arbeiten, an Gesundheit und Bildung, an politischen Entscheidungsprozessen? Wie gestalten wir gemeinsam eine neue vielfältige Migrationsgesellschaft?*

Die Journalistin Nadia Kailouli moderiert dieses Podium und zielt mit ihrer ersten Frage direkt in den Kern des Diskurses:

»Ich kann was, ich will was und ich will mitreden.«

BAYRAM

Kailouli: Alle Frauen auf dieser Bühne, einschließlich mir, haben eine Migrationsgeschichte. Wie steht es nun um die Teilhabe von Migrantinnen und Geflüchteten in der Politik?

Bayram: Frauen und Migrantinnen stoßen in allen Bereichen ihres Lebens auf Hürden, so auch in der Politik. Ich für meinen Teil habe mir als Rechtsanwältin das Kämpfen bereits antrainiert, meine Haltung ist: Ich kann was, ich will was und ich will mitreden. Das ist der eigene Anspruch und der muss als erstes da sein. Und alle, die im Bereich der Politik arbeiten, wissen darum. Ich bin jetzt seit zehn Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus und mache Migrations-, Integrations- und Asylpolitik. Denn diese Politik will ich nicht den Männern überlassen, schon gar nicht weißen Männern. Das bedeutet: Gute Migrationspolitik zu machen, benötigt auch gute Frauen*, und deshalb ist es wichtig, diese Themen anzufassen – ohne die Angst, damit in der Migrationsecke zu landen. Ich bin auch die rechtspolitische Sprecherin meiner Fraktion und kandidiere für den Bundestag im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg. Für mich ist es selbstverständlich, dass meine Biografie und meine Kompetenz Grundlage dafür sind, dass ich bei den Themen Migration und Flucht mitreden will. Denn das betrifft uns alle, sowohl unsere Zukunft als auch die Zukunft unserer Kinder.

Kailouli: Wenn sie als Abgeordnete der Grünen mitreden, ist es das Eine. Doch wie schaffen sie es, dass die Frauen selbst Gehör und Stimme in den Gremien und Parteien erhalten?

Mit dieser berechtigten Frage wendet sich die Moderatorin an die Runde der Politikerinnen. Cemile Giousouf ist die Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und die erste türkisch-muslimische Abgeordnete ihrer Partei im Bundestag.*

Giousouf: Viele Frauen in Deutschland engagieren sich politisch – mit und ohne Migrationsgeschichte. Dennoch ist in den Gremien die Anzahl der Männer deutlich höher, sobald es um Positionen wie die Abgeordnetenposten im Landtag oder Bundestag geht. So ist es in meiner Partei und, wie ich annehme, auch in allen anderen Parteien. Deswegen ist die politische Partizipation von Frauen mit Migrationsgeschichte ein zentrales Thema.

Zum Thema Frauenquote haben wir in der CDU bereits einen langen Kampf hinter uns: wir haben bisher noch keine Frauenquote für politische Ämter etabliert. Allerdings sind Listenplätze für Frauen vorgesehen, die bisher jedoch nicht verpflichtend sind, mit der Folge, dass um diese Plätze gekämpft wird. Zur Interessenvertretung von Migrantinnen und geflüchteten Frauen meine ich:

»Wir müssen in Zukunft davon weg, dass sich nur Migrantinnen für Migrantinnen einsetzen. Wir müssen es im Gegenteil schaffen, dass Migration und Integration in die Köpfe aller politischen Verantwortlichen kommt.«
GIOUSOUF

Eindringlich erklärt Cemile Giousouf weiterhin, dass sich auch ihre Kollegen im Familienausschuss und Gesundheitsausschuss genauso Gedanken über die Migrationspolitik machen müssen wie sie selbst als Integrationsbeauftragte der Fraktion. Naciye Celebi-Bektas hat während dieses Appells bereits zum Mikrofon gegriffen. Sie ist Gewerkschafterin, mit 16 Jahren kam sie nach Deutschland aus einem kurdischen Gebiet der Türkei. Als Sprecherin für migrantische Belange des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wendet sie sich jetzt an das Publikum:

»Als Gewerkschafterinnen haben wir zwei Schwerpunkte: die Arbeitsmarktintegration sowie die Gleichstellung von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund.« CELEBI-BEKTAS

Celebi-Bektas: Daran möchte ich direkt anknüpfen: Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine Frauenrichtlinie und damit sind Frauenstrukturen fest in der Satzung verankert. Wir haben eine Abteilung auf der Bundesebene sowie weitere für Frauenpolitik Zuständige in den Bezirken und Regionen. Auch bei den landesweiten Ehrenämtern gibt es Frauenstrukturen, somit ist die Frauenstimme in den Vorständen bzw. in der politischen Teilhabe nicht wegzudenken. Als Gewerkschafterinnen ist unser Schwerpunkt die Arbeitsmarktintegration und Gleichstellung von Frauen – und auch von Migrantinnen. Die gesellschaftliche Integration der Frauen mit Migrationshintergrund gelingt vor allem über die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dafür setzen wir uns ein.

Kailouli: 30 Prozent aller Geflüchteten in Deutschland sind aber Frauen – ohne Zugang zur politischen Teilhabe. Wo findet sich das in ihrer Politik wieder?
Cansel Kiziltepe kandidiert für die SPD für den Wahlkreis Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg-Ost. Mit den Worten: »Wie man sieht und hört, habe ich einen Migrationshintergrund«, stellt sie sich vor und fügt hinzu, dass es auch im 21. Jahrhundert für Frauen – und besonders für Frauen* mit Migrationshintergrund – schwierig sei, gesellschaftlich weiterzukommen.*

»Die erste Parlamentarierin war Sozialdemokratin und bis heute kämpfen wir weiter für die Teilhaberechte der Frau.« KIZILTEPE

Kiziltepe: In drei Bereichen können wir diesen Kampf weiter stärken: innerparteilich, parlamentarisch und im privaten Sektor. In der SPD haben wir eine feste Frauenquote. Bei einer Listenaufstellung ebenso wie bei Gremien und Wahlen muss diese Frauenquote immer eingehalten werden. Unsere Landesliste wird von einer Frau geführt, und dann greift das Reißverschlussprinzip: Frau-Mann-Frau-Mann. In der »AG Migration und Vielfalt« wurde ich durch eine sogenannte Priorisierung zur Spitzenkandidatin gekürt, obwohl ich auf Platz drei der Landesliste stehe. Damit wurde in unserer Partei das Zeichen gesetzt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in einer vielfältigen Gesellschaft Berücksichtigung finden müssen!

Auf der parlamentarischen Ebene, führt sie weiter aus, habe die SPD in dieser Legislaturperiode in großer Koalition gemeinsam mit der CDU und Cemile Giousouf inzwischen die Frauenquote eingeführt – mit dem Ziel, mehr Frauen in die politischen Führungsetagen zu bringen. Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene allerdings, im täglichen Leben, stoße man überall auf eine gläserne Decke.*

Kiziltepe: Zu ihrer Frage: Wie können auch Neuangekommene in Deutschland politisch teilhaben? Das ist eine Herausforderung, der sich unsere Gesellschaft stellen muss. Ich kann nur von meiner eigenen Mutter berichten: Seit 1972 lebt sie in Deutschland. Vor zwei Monaten bekam sie einen Brief mit ihrer ersten Wahlbenachrichtigung – zur Seniorenvertretung. Sie zeigte ihn mir voller Stolz: Sie dürfe jetzt mit 60 Jahren zum ersten Mal zur Wahl gehen. (Kiziltepe und der ganze Saal lachen). Das war ein glücklicher Moment für sie und auch ihre Freundinnen. Dieses Beispiel aus der Praxis unserer Integrationspolitik zeigt: Wir müssen uns in Deutschland für das *Wahlrecht für alle* bis auf die Bundesebene stark machen!

Nachdem alle vier Parteivertreterinnen ihre Statements abgegeben haben, folgt die erste Wortmeldung aus dem Publikum.*

»Ich möchte nicht von einer weißen Frau* vertreten werden die privilegierter ist als ich. Denn meine Realität ist nicht dieselbe wie die ihre.« SCHICK

Sibel Schick: Mein Name ist Sibel Schick. Ich bin freiberufliche Journalistin, feministische Aktivistin und Migrantin. Ich habe keine Frage, sondern ein Statement zur Aussage von Cemile Giousouf: Ich sehe es nicht so, dass die Rechte der Migrantinnen von Nichtmigrantinnen vertreten werden sollten. Genauso wenig wie Trans-Frauen von Cis-Frauen vertreten werden wollen oder afroamerikanische Frauen von weißen Frauen. Ich möchte nicht von einer weißen Frau ohne Migrationserfahrung vertreten werden, die privilegierter ist als ich. Denn meine Realität ist nicht dieselbe wie die ihre.

Virginia Woolf sagte in einem ihrer Werke, dass Männer, die nachts auf der Straße laufen, eine andere Realität haben als Frauen, die nachts alleine auf der Straße unterwegs sind – denn sie empfinden Angst. Die meisten Männer können das nicht verstehen, es existiert nicht in ihrer Realität. Genauso kann eine weiße Frau mit sicherem Aufenthaltsstatus nicht verstehen, wie unsicher ich mich hier fühle, wenn ich nicht weiß, ob ich noch ein oder zwei Jahre in Deutschland bleiben darf. Aus diesem Grund möchte ich, dass meine Rechte und meine Interessen von anderen Migrantinnen vertreten werden. (*Spontaner Applaus im Saal.*)

»Ich möchte Ihnen vehement darin widersprechen, dass eine weiße Frau Ihre Angst um Ihr Aufenthaltsrecht nicht nachfühlen kann. Wir haben in den letzten zwei Jahren die größte Bürgerbewegung Deutschlands erlebt.« GIOUSOUF

Giousouf: In einem Punkt möchte ich Ihnen zustimmen und in einem Anderen möchte ich Ihnen widersprechen:

Deutsch-Deutsche, also Menschen die hier geboren und aufgewachsen sind, haben mit großer Kraft und viel Gefühl Geflüchteten geholfen. Das ist ein Indiz dafür, dass auch Menschen ohne Migrationsgeschichte oder Fluchterfahrung sehr wohl mitempfinden und sich helfend einsetzen können.

Ich stimme Ihnen aber zu, wenn Sie sagen: Ich möchte meine Belange in die Hände von jemandem legen, der meine Erfahrungen teilt, weil sie Ähnliches durchgemacht hat. Deshalb bin ich der Meinung: Wenn die Bundesregierung finanzielle Mittel für Programme zur Integration vergibt, müssen die MSOs (Migrantinnenselbstorganisationen) mit im Boot sitzen. Die Aufgabe Integration muss auf feste Füße gestellt werden. Jedes einzelne Ministerium der Bundesregierung muss sich um diese Aufgabe kümmern.

Und jeder Minister, der Politik macht – sei es ein Arbeits-, Gesundheits- oder Bildungsminister – muss auch darüber nachdenken, dass rund 20% der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund hat.

Dr. Delal Atmaca: Sie haben Recht, es gab eine große, wunderbar solidarische Bürgerbewegung. Natürlich betrifft die große Aufgabe der Integration, Migration und Teilhabe uns alle und nicht nur eine kleine Minderheit der Gesellschaft. Bundesweit haben ca. 20% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in manchen Bundesländern sind es ein Drittel oder gar ganze Stadtteile. Auf dem Gymnasium, auf dem ich damals Abitur machte, haben heute 95% der Abiturient*innen Migrationsgeschichte. Die zentrale Frage ist aber: Von wem möchte ich mich als Frau mit Migrations- oder Fluchtgeschichte vertreten lassen? Denn vertreten fühle ich mich nur dann, wenn ich diese Vertretung selbst wähle und auch zwischen politischen Alternativen entscheiden kann.

Auch für unsere heutige Podiumsdiskussion mussten wir mit der Lupe nach Frauen* mit Migrationsgeschichte suchen und wir haben alle Parteien angeschrieben. Das zivilgesellschaftliche Engagement, wie Sie es darstellen, ist in den Parteien nicht wiederzufinden. Wir wollen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte egal welcher Herkunft, Wertvorstellung oder sonstiger identitärer Zuschreibung (Intersektion) repräsentiert werden. Denn erst das stellt unsere gesamte heterogene Migrationsgesellschaft dar, und diese wollen wir in den Parteien vertreten sehen.

Canan Bayram *fragt sich an dieser Stelle, welche Legitimation beispielsweise ein Bundesinnenminister Thomas de Maiziere habe, Menschen mit Migrationsgeschichte zu vertreten. Weder sei seine Wahl durch sie legitimiert, noch verstehe er ihres Erachtens in ausreichendem Maße die Lebenssituation dieser Menschen.*
»Es wird auch mit Fakten nicht glaubwürdig umgegangen, wie das Zuweisen von ›sicheren Herkunftsländern‹ für asylsuchende geflüchtete Menschen gezeigt hat. Als Politikerin möchte ich deutlich zeigen, von wem ich gewählt wurde, und wer mich gerne gewählt hätte, aber nicht *darf*. Es ist dann besonders wichtig, dass Menschen, die von der Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind, trotzdem Raum erhalten, ihre Bedürfnisse zu formulieren – sei es nun in legalen Protestaktionen auf der Straße oder auf Konferenzen wie dieser.«

Für Bayram als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses ist es auch selbstverständlich, dass sie als Deutsche und aufgrund ihrer Kompetenzen die Belange aller Deutschen versteht und damit auch vertreten kann. Leider würden im Umkehrschluss viele Deutsche die Lebensrealität von Migrantinnen und Geflüchteten oft nicht nachvollziehen können. Davon zeugen auch die Fehlentwicklungen, die Angela Merkels Migrations- und Integrationspolitik nach sich gezogen hat, so Bayram. Denn diese Politik vertrete in der Praxis nicht die von Flucht betroffenen Menschen. Bayram spricht damit die menschenunwürdige Unterbringungssituation und Lebensrealität von vielen geflüchteten Menschen in Deutschland an – sie spricht hier von einer »Verelendung« der Familien.*

An dieses Statement schließt auch die Journalistin und Moderatorin des Podiums Nadia Kailouli an und lenkt die Diskussion auf einen

*wesentlichen Aspekt der Arbeit der versammelten Migrantinnen*selbstorganisationen. Denn die Teilhabe an Bildung und die Aufklärung über Menschenrechte sind Bedingungen für eine gelungene Integration in die Aufnahmegesellschaft.*

Kailouli: Warum gibt es bisher keine Bildungschancen für geflüchtete Frauen* ohne Bleibeperspektive?

Bayram: Als Anwältin arbeite ich auch im Aufenthalts- und Asylrecht – wir haben auf Bundesebene eine katastrophale und rassistische Gesetzeslage. Deswegen möchte ich diese Belange in den Bundestag bringen, denn mit solchen Gesetzen kann man Menschen keinerlei Teilhabe ermöglichen. Menschen sollen vom ersten Tag an ihr Potential und ihr sehr positives Bild von Deutschland leben können – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Wir möchten deshalb im Land Berlin ein Antidiskriminierungsgesetz verankern, nach dem sich auch das BAMF richten muss. Auf dieser juristische Grundlage hören wir auf, den Neuankömmlingen ihre Zukunft vorzuenthalten.

Giousouf: Es ist interessant, wie sie die Lage auf Länderebene beschreiben und wie sich die Tatsachen auf Bundesebene zeigen. Folgendes möchte ich deutlich hervorheben, denn ihre Kritik zog sich ja von unserer Bundeskanzlerin bis hin zu unseren geltenden Gesetzen:

Wir können wohl festhalten, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufgenommen hat wie kein anderes Land in Europa. Und jeder Mensch, der hier ein Bleiberecht hat, bekommt von der ersten Stunde an Unterstützung und soll teilhaben an unseren gesellschaftlichen Ressourcen.

Noch vor der Flüchtlingswelle haben wir begonnen, die Integrationskurse weiter auszubauen. Wir haben Kurse für Frauen mit Migrationshintergrund mit Maßnahmen wie Kinderbetreuung und Alphabetisierungskursen ergänzt. Mit dem Anerkennungsgesetz, das wir vor vier Jahren auf den Weg brachten, kümmern wir uns um die Anerkennung von ausländischen Hochschul- und Berufsabschlüssen. Das machen wir auch über die Integrationspolitik hinaus, da uns qualifizierte Fachkräfte in Deutschland fehlen. Bei Duldungsfällen wiederum kann eine Person, die z. B. einen Ausbildungsplatz hat, nicht abgeschoben werden – auch das ist im Integrationsgesetz verankert.

Canan Bayram wendet an dieser Stelle ein, dass die Gesetzeslage doch anders aussähe. Eine Publikumsmeldung schließt sich nun an, es ist Charlotte Johnson vom Migrantinnennetzwerk Bayern.

»Alleine hier im Saal sind sicherlich viele Frauen, die ihren Beruf nicht ausüben, weil dieser in Deutschland nicht anerkannt wird.« JOHNSON

Charlotte Johnson: Ich komme aus dem wunderschönen Bayern und bin heute hier für das Migrantinnennetzwerk Bayern. Gleichwohl bin ich Vorsitzende des Landesmigrationsausschusses bei Verdi. Ihrer Aussage muss ich widersprechen. Erst vor Kurzem ging der Vorfall in Nürnberg durch alle Medien: Ein geflüchteter Berufsschüler wurde gegen seinen Willen und den Willen seiner Mitschüler aus dem Unterricht geholt – um abgeschoben zu werden. Zur Anerkennung von Abschlüssen: Hauptberuflich bin ich bei der Bundesagentur für Arbeit. Alleine hier im Saal sind ganz sicher zahlreiche Frauen, die ihren Beruf nicht ausüben können, weil ihre Qualifizierung in Deutschland nicht anerkannt wird. Sie sprechen hier zu Migrantinnen und haben gerade Einiges genannt, das absolut nicht stimmig ist.

Kailouli: Was sehen Sie für Frauen also vor, die ihre Abschlüsse hier nicht anerkennen lassen können?

»Leider ist es so, dass sich nach wie vor Menschen mit arabischen oder türkischen Namen acht Mal häufiger bewerben müssen.« GIOUSOUF

Giousouf: Ja! Es existieren viele Hürden und eine Nachqualifizierung ist Voraussetzung. Ich möchte aber darauf bestehen, dass das Anerkennungsgesetz eine wichtige Grundlage ist, um diese problematische Situation zu lindern! Ein Beispiel für weiteren Handlungsbedarf zeigt sich am Lehrerberuf: Die Bundesländer haben festgelegt: Wer im Heimatland nur ein Schulfach gelehrt hat, bekommt diesen Abschluss hier nicht anerkannt. Da sage ich: Das muss sich ändern!

Die Integrationsbeauftragte der CDU berichtet nun von Maßnahmen, die Migrantinnen und Mütter effektiv in den Arbeitsmarkt bringen sollen: »Stark im Beruf«. Wenn es um Antidiskriminierungsgesetze gehe, müssten wir auch fragen: »Wo können wir Politiker auf dem Arbeitsmarkt eingreifen? Denn, wie wollen wir Einfluss auf Arbeitgeber nehmen, die zögern?«*

»80% des bundesweiten Ehrenamts wird durch Frauen* geleistet, viele der MSOs, die auch heute hier vertreten sind, leisten diese Arbeit seit Jahrzehnten und sind ausgewiesene Expertinnen* in ihrem Bereich.« ATMACA

Kailouli: Ich habe auch viele Arbeitgeber kennengelernt, die sagen: Ich möchte einstellen, aber ich darf nicht.

Dr. Delal Atmaca: Als DaMigra sitzen wir im Beirat des Programms »Stark im Beruf«. Ich bin – wie so oft – die einzige Migrantin im Beirat. 90 Projektträger waren es zu Anfang. Allerdings sind viele der kleineren MSOs ausgestiegen, da der geforderte Verwaltungsaufwand für die ehrenamtlich arbeitenden MSOs nicht zu bewältigen ist. Die allerwenigsten MSOs haben Anteil an den Projektmitteln und erhalten nach wie vor keine Anerkennung für ihre gesellschaftliche Leistung, obwohl sie einen der größten Beiträge im Bereich der Integration und Teilhabe leisten. Die Frage ist also: Wer hat Zugang zu Ressourcen und vorhandenen finanziellen Mitteln? Warum gibt es für MSOs keine ausreichende strukturelle und institutionelle Förderung? Wie schaffen wir diese fundamentalen Hürden ab?

Celebi-Bektas: Ich spreche nicht nur als Gewerkschafterin, auch persönlich kenne ich die Hürden für Migrantinnen gut. Ich selbst kam mit 11 Jahren nach Deutschland. Natürlich bringe ich meine Erfahrungen als Migrantin in der bundesweiten Gewerkschaftsarbeit ein. Natürlich trage ich die Themen der Migrantinnenbelange in alle Gremien hinein. Seit den 1970er und 80er Jahren hat sich viel in der Integrationspolitik verändert! Diese Chance müssen wir ergreifen! In vielen Organisationen steht man als Migrantin oft alleine da, weil das Verständnis weitgehend fehlt. Die Interkulturalität wird noch nicht in jeder Organisation gelebt und als Chance gesehen. Wir müssen die Stärken und Potenziale der Frauen sehen, stärker netzwerken und mehr wagen – trotz vieler Hürden. Unsere Kompetenzen müssen wir benennen und bündeln.

Mit diesem Empowermentimpuls spricht die erfahrene Gewerkschafterin die Frauen im Saal direkt an, zahlreiche Wortmeldungen folgen. In der zweiten Reihe erhebt sich eine junge Schwarze Frau. Das Mikrofon wird ihr gebracht, Podium und Publikum wenden sich ihr erwartungsvoll zu. Aufrecht stehend und ernst beginnt sie mit gut hörbarer Stimme zu sprechen.*

»Die deutsche Regierung hat eine Maschine entwickelt – und sie heißt Einstiegsqualifizierung.« NDEDI

Dora Sandrine Ndedi: Ich bin Migrantin und Geflüchtete aus Kamerun. Ich entschuldige mich als Erstes für mein Deutsch, es ist nicht so gut. Wir haben über Bildung und Integration gesprochen. Integration durch Bildung ist sehr wichtig, wenn man in diesem Land bleiben will. Die deutsche Regierung hat aber eine Maschine entwickelt, und sie heißt »Einstiegsqualifizierung«. Es ist ein Business und nur für den Arbeitgeber vorteilhaft. Ich aber brauche nur einen AUSBILDUNGSPLATZ oder STUDIENPLATZ! Ich bin gelernte Informatikerin, ich möchte etwas machen, aber ich höre: »Hier in Deutschland brauchen wir keine Programmiererin. Wenn du eine Ausbildung machen willst, dann lerne Altenpflegerin.« Geflüchtete sollen in der Altenpflege und auf den Baustellen arbeiten. Denken Sie, Sie machen etwas für unsere Bildung? ICH DENKE NICHT. Sie ignorieren die Realität. Meinen Deutschkurs habe ich selbst finanziert. Durch Studium oder Weiterbildung gäbe es die Möglichkeit, sich zu integrieren. Aber ich habe ALLES ALLEINE machen müssen. Was ist mit uns Afrikanern? Ich möchte ein Bleiberecht und ein Recht auf Bildung. Ich frage Sie: Denken Sie, Deutschland tut etwas für die Bildung von Geflüchteten? Ich denke nicht. (*Lauter Applaus, zustimmende Rufe und Klatschen ertönt im ganzen Saal.*)

Giousouf: Ich kann nicht auf Zuruf beantworten, warum Sie mit einem abgeschlossenen Informatikstudium beim Arbeitsamt die Aussage erhalten, Sie sollen Pflegekraft werden. Das ist falsch, das ist gegen das Gesetz und nicht die Praxis. Ich kann ihren Fall prüfen und gebe Ihnen gerne meine Visitenkarte. Das ist nicht, was wir uns wünschen!

Aus dem Publikum erklingen Proteste: »Das passiert ständig! Gerade Afrikanerinnen werden zu Pflegeberufen gedrängt!« Es wird hier erkennbar, wie weit Realität und die Gesetzeslage in der Anerkennung von Berufsabschlüssen noch auseinander liegen. Nun erhebt sich am anderen Ende des Theatersaals würdevoll eine ältere Dame. Sie ist Hochschulprofessorin, selbst Engländerin und Migrantin.

Publikum: Dann müssen Sie mir auch Ihre Visitenkarte geben (*Erheiterung bei Cemile Giousouf und im Publikum*). Ich bin auch Informatikerin und Ärztin und bin mit 18 Jahren nach Deutschland gekommen. An einer Hochschule lehre ich eine Vielzahl von hochqualifizierten Akademikerinnen aus Afrika. Das sind Ärztinnen, Ökonominnen, Informatikerinnen, die eine Programmiersprache der künstlichen Intelligenz beherrschen! In Wirklichkeit ist es so, dass diese Afrikanerinnen in der Regel (!) die Empfehlung vom Arbeitsamt erhalten, Krankenpflegerin zu werden, sie kommen damit zu mir in die Beratung. Das kann ich auf Datengrundlage belegen und dann können wir über Fakten reden.

Publikum: Ich mache Anerkennungsberatung zu Berufsabschlüssen. Das Anerkennungsgesetz ist in Wirklichkeit ein Gleichwertigkeitsfeststellungsgesetz. Es wird darin geprüft, ob eine Gleichwertigkeit gegeben ist: zu einem deutschen Referenzpunkt – und das sagt schon alles. Damit ist die Nichtanerkennung der beruflichen Abschlüsse tägliche Praxis. Die Sachbearbeiter*innen der Bundesagenturen wiederum sind angehalten, die Geschäftsordnung der Dienststellen umzusetzen und befolgen Arbeitsanweisungen von ganz oben.

»Wir erleben in der Beratung täglich Ärzte, die als Auskunft erhalten, Ärzte würden in Deutschland nicht gebraucht, und wenn sie als Zahnarzt arbeiten wollten, müssten sie in Syrien bleiben! Das ist nicht der Rassismus des kleinen Mannes, es handelt sich um den strukturellen Rassismus der Institutionen.« PUBLIKUM

In der Folge erklärt Galina Ortmann, Stellvertretende Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats, dass die Ausarbeitung des Anerkennungsgesetzes maßgeblich an der fehlenden finanziellen Ausstattung scheitere. Canan Bayram plädiert hier für ein konkretes Überbrückungsprojekt, das diese fatale Lücke in der Anerkennung von Berufsabschlüssen schließen soll: die Einrichtung eines Fonds, der die Frauen in dieser beruflichen Überbrückungszeit zur Neuorientierung mit Maßnahmen und finanziellen Mitteln ausstattet. »Es muss die Freiheit der Frau sein, zu entscheiden, ob sie ihren erlernten Beruf ausüben will. Das darf nicht von einem Sachbearbeiter abhängen.«*

Kailouli: Wir sehen also: Die Arbeitsbedingungen, die Anerkennung und die Aufstiegschancen für Migrantinnen sind mehr als ungenügend in Deutschland. Wie können wir das ändern Frau Celebi-Bektas?

»Wir müssen weiter denken, denn in jeglicher Form ist es positiv, in die Ressourcen dieser Menschen zu investieren!« CELEBI-BEKTAS

Celebi-Baktas: Qualifikationen müssen unverzüglich anerkannt werden, und Weiterbildung muss unverzüglich folgen. In Deutschland ist es generell ein Problem, dass Frauen in den »typischen Frauenberufen« landen, mitsamt der geringen gesellschaftlichen Anerkennung für soziale Berufe und schlechter Entlohnung. Gleichzeitig reden wir vom Fachkräftemangel – schieben aber hochqualifizierte Neuangekommene ab bzw. viele werden durch die rechtlichen Hürden dazu gezwungen, lange Wartezeiten einzuhalten, bevor sie in den Arbeitsmarkt einsteigen können. Das passt nicht zusammen.

Ein Beispiel aus einer Beratungssituation: Die involvierten Arbeitgeber*innen berichten von der hohen Motivation der Beteiligten, und dass sie händeringend genau nach solchen Arbeitnehmer*innen suchen. Aber der ungewisse Bleibestatus, der permanente, oft schleppende Verwaltungsaufwand macht es beiden Parteien schwer, Arbeitsverträge abzuschließen. Wie können wir diese Vorgehensweise verändern? Wir müssen weiter denken! Selbst wenn Neuangekommene aufgrund der derzeitigen Gesetzeslagen abgeschoben werden müssen. Mit jeder Weiterqualifizierung leisten sie in ihren Herkunftsländern wichtige Entwicklungshilfe und gesellschaftliche Aufbauarbeit und sind dann unsere potentiellen Ansprechpartner*innen.

Kailouli: Das bedeutet: BILDUNG FÜR ALLE, EGAL WIE DAS BLEIBERECHT GERADE AUSSIEHT. Vieles hat sich verändert, vieles jedoch noch nicht.

Die Podiumsdiskussion kommt nun zum Ende. Migrantinnen, Geflüchtete, Gäste aus allen Bereichen sind bereits tief ins Gespräch vertieft, Kontakte werden ausgetauscht. Mitten unter ihnen stehen die Politikerinnen* – umringt von den Vertreterinnen* der bundesweiten Migrantinnen*organisationen.*

Die Wahlprüfsteine von DaMigra

KOMMUNAL-WAHLRECHT FÜR ALLE BÜRGER-INNEN*

Auf Bundes-, Landes-, Kommunal- und europäischer Ebene können uneingeschränkt nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit wählen. Seit 1992 dürfen Bürgerinnen* mit EU-Staatsangehörigkeit an Kommunalwahlen teilnehmen. Für sogenannte »Drittstaatenausländer« gilt dies jedoch nicht: Sie dürfen weder wählen, noch sich zur Wahl stellen lassen – ganz ungeachtet dessen, wie lange sie sich schon in Deutschland aufhalten, wie viele Steuern sie gezahlt haben oder wie aktiv sie sich im gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Zusammenleben engagieren. Werden Sie im Grundgesetz die Grundlagen für ein Kommunalwahlrecht für alle Bürgerinnen* verankern?

ANERKENNUNG FÜR SOZIALE BERUFE

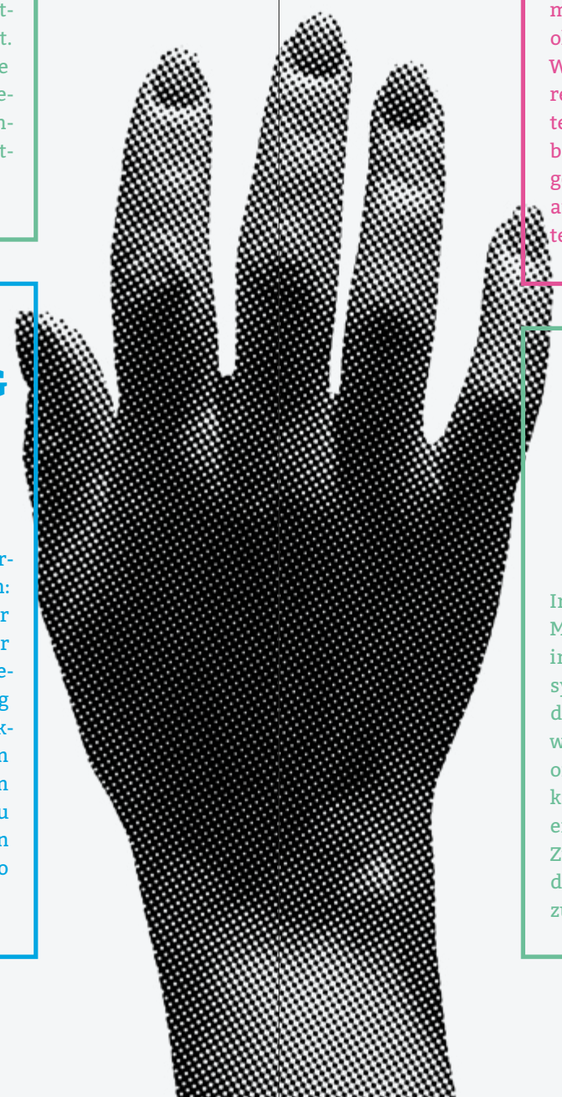
In Deutschland sind die sozialen Berufe (z. B. in der Pflege), die hauptsächlich von Frauen* ausgeübt werden, weiterhin von niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen, begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten, unzureichender Ausbildung und geringer gesellschaftlicher Anerkennung gekennzeichnet. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen zu verbessern, etwa indem Mindestgehälter gesteigert und Kurzzeitarbeit minimiert wird?

SOZIALE VERDRÄNGUNGS-PROZESSE IM STÄDTISCHEN RAUM

Durch Gentrifizierungsprozesse in den Städten und Verdrängung in die Stadtrandgebiete entstehen soziale Ausschlüsse, von denen Menschen mit geringem Einkommen besonders betroffen sind. Welche Maßnahmen planen Sie, um sozialräumlicher Ausgrenzung zu begegnen? Welche Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt planen Sie?

MEHRFACH-DISKRIMINIERUNG VON MIGRANT-INNEN* AUF DEM ARBEITSMARKT

Migrantinnen* erfahren auf dem Arbeitsmarkt Mehrfachdiskriminierungen: Sie werden nicht nur durch den Gender Pay Gap, sondern auch anhand ihrer Herkunft benachteiligt. Bei geflüchteten Frauen* wird die Situation häufig noch durch die unklare Bleibeperspektive verschärft. Was haben Sie vor, um diese Mehrfachdiskriminierungen am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche zu bekämpfen? Welche Maßnahmen gegen das daraus resultierende höhere Risiko der Altersarmut planen Sie?



zur Bundestagswahl 2017

WEITERBILDUNG UND QUALIFIZIE-RUNG FÜR ÄLTERE MIGRANTINNEN*

Nicht zuletzt durch die Digitalisierung werden viele Migrantinnen* auf dem Arbeitsmarkt abgehängt. Älteren Migrantinnen* fehlt der Zugang zu Weiterbildung und die damit zusammenhängende Qualifizierung. Bei dem ohnehin schon geringen Angebot der Weiterbildung wird der Bedarf von älteren Frauen* und alleinerziehenden Müttern* mit Migrationsgeschichte nicht bedacht. Planen Sie, Qualifizierungsangebote im Bereich der Digitalisierung auszubauen, die sich auch gezielt an ältere Migrantinnen* richten?

SCHUTZ VON GEFLÜCHTETEN FRAUEN* IN UNTERKÜNFTEN

Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Flüchtlingsunterkünften kämpfen mit desolaten Lebensbedingungen sowie mit sexuellen und rassistischen Übergriffen, die von weißen deutschen ebenso wie von geflüchteten Männern verübt werden. Daraus resultieren für die betroffenen Frauen* Angstzustände und Suizidgefahr. Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um die Grund- und Menschenrechte von geflüchteten Frauen* zu schützen?

SPRACH- UND INFORMATIONS-BARRIEREN IM GESUNDHEITS-SYSTEM

Insbesondere Geflüchtete, aber auch Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt, machen im Gesundheitssystem immer wieder die Erfahrung, dass ihnen nicht angemessen geholfen werden kann. Sprach- und Informationsbarrieren sowie eine mangelnde Diskriminierungs- und Kultursensibilität erschweren einen gleichberechtigten Zugang. Mit welchen Maßnahmen werden Sie den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen gewährleisten?

UMSETZUNG DER ISTANBUL-KONVENTION

Die Bundesregierung hat am 8. März 2017 – dem internationalen Frauen*-kampftag – angekündigt, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) zu ratifizieren – dies ist am 1. Juni 2017 geschehen. Die Konvention schreibt den Vertragsparteien die Erstellung umfassender Maßnahmen zum Schutz, zur Verhütung, Verfolgung und Beendigung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt vor. Die Konvention richtet sich sowohl gegen Gewalt, die im privaten erfahren wird, als auch gegen geschlechtsspezifische Gewalt im öffentlichen Raum. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention beitragen? Inwiefern werden Migrantinnen*organisationen Teil der Umsetzung sein?

Und diese Barriere ist das System …

EIN INTERVIEW MIT DER AKTIVISTIN DORA SANDRINE NDEDI VON CAN MILEVA RASTOVIC

Zuletzt sah ich Sandrine bei der Podiumsdiskussion der DaMigra-Jahreskonferenz. Vielen wird ihr empowerndes Statement über die Bildungsteilhabe von Migrantinnen* und ihre Erfahrungen auf dem Berliner Arbeitsamt in Erinnerung bleiben (siehe S. 36–37). Sie ist Programmiererin aus Kamerun, ehrenamtliche Mitarbeiterin des MUT-Projekts und Aktivistin.

C: Sandrine, ich habe dich bei der Podiumsdiskussion erlebt, was bedeutet für dich politische Partizipation?
S: GLEICHES RECHT FÜR ALLE. Das bedeutet, dass Frauen* die Möglichkeit haben, etwas für ihr Leben, für ihre Zukunft zu machen.

C: Was würdest du jetzt auf der Stelle ändern wollen?
S: Die Unterdrückung der Frauen*! Viele Frauen* wie ich, Migrantinnen*, haben sehr viel Kapazität und berufliche Potenziale. Aber es gibt für uns keinerlei Möglichkeiten – wir stoßen auf eine Barriere. Und diese Barriere ist das System. Wir stoßen überall darauf: auf dem Arbeitsamt, im Bildungsbereich, oder bei Gesetzen zum Asylrecht. Dieses System ist NICHT flexibel für Migrant*innen. Deshalb ist es für uns sehr schwierig, uns in dieser Gesellschaft und der Politik zu integrieren. Ich habe mich entschieden, gegen diese Barrieren zu kämpfen.

C: Mit welchen Mitteln kämpfst du?
S: Zur Zeit kämpfe ich mit einem Magazin: *Die FrauenStimme*. Wir sprechen darin über die Situation der Frauen*, uns in das vorgefundene System zu integrieren, über die Barrieren und Möglichkeiten. Ich habe auch mit einer sympathisierenden Mediengruppe gesprochen. Es gibt zwar viele Aktivistinnen* in dieser politischen Zeit, doch die wenigsten wissen, wie sie ihren Willen etwas zu ändern in langfristige Projekte umsetzen können. Fang an, sage ich dazu: Schreib' ein Poem, mach' ein Video oder ein Magazin – such' Gleichgesinnte.

C: Wer macht da mit?
S: Ich. Migrantinnen*, geflüchtete Frauen* und deutsche Frauen*. Ich fand sie überall – auf der Straße, in meiner afrikanischen Community, bei DaMigra und auf politischen Veranstaltungen. Da fand ich viele politische Freundinnen*. Im MUT-Projekt haben wir wichtige Erfahrungen gemacht, um Zusammenhänge auch vermitteln zu können. Wir haben z. B. Workshops organisiert über die verschiedenen Arten von Gewalt gegen Frauen*: von häuslicher Gewalt, rassistischer Gewalt, sexueller Gewalt, aber auch struktureller Gewalt. Jeden Mittwoch treffen wir uns aber auch, um einfach Fußball zu spielen – um unsere Probleme zu vergessen und Spaß zu haben. Da kommen MUT-Frauen* aus Kamerun, Somalia und Ghana, Marokko, aber auch Deutsche und Französinnen* zusammen. Wir versuchen, uns gegenseitig zu unterstützen, mithilfe des MUT-Projekts, durch die schnelle Empfehlung eines Anwalts zum Asylrecht – oder einfach durch Freundschaft.

C: Was planst du als Nächstes?
S: (*Sandrine lächelt.*) Ich habe jetzt endlich einen Studienplatz an der Uni Potsdam erhalten, zum 3. Semester Informatik.

C: Es wird viel von Empowerment gesprochen. Was bedeutet es für dich?
S: Eine Frau*, die sagt: Ich will nicht zu Hause bleiben. Ich möchte etwas von meinem Leben haben, ich möchte eine AUSBILDUNG haben. Ich möchte eine ZUKUNFT haben. In Kamerun hatte ich schon die gleiche Haltung – doch die Regierung hatte seit 33 Jahren den gleichen Präsidenten. Da konnte man nicht von einer Demokratie sprechen, mit einer Zukunft für Frauen*. Hier, mit dieser Regierung, denke ich, sind für uns Migrantinnen* viele Türen offen.

»Hier können wir über eine Demokratie sprechen.«

WORKSHOP 1

Bürger 2. Klasse oder Wahlrecht für Alle?!

MIT

SAMERA BARTSCH
VIELFALT ENTSCHEIDET / DIVERSITY IN LEADERSHIP, BERLIN

DENIZ YILDIRIM
WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN, NETZWERK BUNT-GRÜN

FILIZ KEKÜLLÜOĞLU
WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN AN DER UNIVERSITÄT HILDESHEIM UND CO-SPRECHERIN DES NETZWERKS BUNT-GRÜN

MODERATION: DR. PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA VORSTAND DAMIGRA
BERICHT VON KATRIN WOLF MUT-PROJEKT, PROJEKTKOORDINATORIN STANDORT MÜNCHEN

IMPULSVORTRAG VON SAMERA BARTSCH

WAHLRECHT FÜR ALLE

Menschen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit können sich nur sehr eingeschränkt (bis gar nicht) am politischen Willensbildungsprozess in der Bundesrepublik beteiligen. Wie hat sich das Wahlrecht in den letzten 25 Jahren diesbezüglich entwickelt? Welche Argumente werden vorgebracht, um einen Teil der Gesellschaft weiterhin von Bürgerrechten auszuschließen? Wen treffen diese Ausschlüsse letztlich und welche Forderungen ergeben sich daraus?

Diese Fragen stellt die Referentin Samera Bartsch. Das derzeit geltende Wahlrecht nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts besagt:

> Auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene können uneingeschränkt **ausschließlich Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit** wählen. Seit einer Grundgesetzänderung 1992 dürfen »Ausländer« mit EU-Staatsangehörigkeit an Kommunalwahlen teilnehmen. Für sogenannte »Drittstaatenausländer« gilt dies jedoch nicht: Sie dürfen sich weder direkt, noch indirekt an Kommunal-, Landtags-und Bundestagswahlen beteiligen.

Auch die Möglichkeit, über das Verfahren der Einbürgerung volle Bürgerrechte zu erlangen, bleibt erschwert. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verlangt von den Anwärter*innen unter anderem die Sicherung des Lebensunterhalts ohne staatliche Leistungen, Straffreiheit, Kenntnisse der deutschen Sprache, das erfolgreiche Absolvieren eines Integrationskurses und den Verzicht auf andere Staatsangehörigkeiten.

Samera Bartsch führt in die historische Entwicklung des Wahlrechts der Bundesrepublik Deutschland ein. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass das Bundesverfassungsgericht den Volksbegriff des Grundgesetzes eigenmächtig auf das »deutsche Volk« eingegrenzt ausgelegt hat. In Artikel 20 (2), 28 des Grundgesetzes ist hingegen ausdrücklich nicht vom »deutschen« Volk die Rede, so dass auch offenere Interpretationen möglich sein könnten. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum »Ausländerwahlrecht« wird seither herangezogen, um eine Ausweitung des Kreises der Wahlberechtigten abzuwenden. Von den Gegnern einer Ausweitung wird angeführt, dass die Frage juristisch bereits entschieden sei, die »politische Wünschbarkeit« nicht zur Debatte stehe.

Doch welche Argumente bleiben?
»Wer von Gesetzen betroffen ist, soll diese auch mitgestalten können: Das bedeutet die Abschaffung dieses Demokratiedefizits«, fordert Samera Bartsch und stellt weiter fest:

»Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen steht im Kern des Demokratieprinzips. Demokratie baut auf dem Menschen auf, nicht auf dem Volk. Die Grundlagen der demokratischen Legitimation haben seit dem EU-Vertrag von Maastricht einen Wandel erfahren: Das Kommunalwahlrecht ist bereits von der Staatsangehörigkeit entkoppelt. ›Local Citizenship‹, das Wohnortprinzip, bedeutet nicht weniger, sondern mehr Demokratie und wird bereits in 15 von 28 EU-Staaten praktiziert. **Der politische Wille entscheidet**.«

Bartsch beschreibt in ihrem Vortrag einen »blinden Fleck« des Wähler- und Interessenpotenzials von Deutschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Denn, wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, sollte an dem Zustandekommen dieser Entscheidungen beteiligt sein, unter anderem durch das Wahlrecht.

»WIR WÄHLEN« – EINE KAMPAGNE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

Die Kampagne startet zur Bundestagswahl 2017 einen Wahlkampf für politische Partizipation und ein gleichberechtigtes Wahlrecht für alle. Mit symbolischen Wahlen und Veranstaltungen wird auf diesen »blinden Fleck« aufmerksam gemacht. Motiviert werden sowohl Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund, ihr Wahlrecht zu nutzen, als auch die Noch-Nicht-Wahlberechtigten, ihre symbolische Stimme in einem der bundesweiten Wahllokale abzugeben. Dort wird nach demselben Verfahren der 19. Deutsche Bundestag gewählt und nach der Wahl werden die Stimmzettel an die gewählten Abgeordneten öffentlich überreicht. Zahlreiche Migrant*innenvertretungen und -organisationen in Deutschland haben sich zum Kampagnen-Netzwerk »wir wählen« zusammengeschlossen.

Denn: »Wer hier lebt, gehört dazu – unabhängig vom Pass«. Unter den Mitgliedern befinden sich u. a. der Freiburger Wahlkreis, 100%, AGABY Bayern und Citizens for Europe.

Über 4,5 Millionen volljährige Bürgerinnen* und Bürger in Deutschland dürfen weder bei der Bundestagswahl noch bei der Kommunalwahl wählen. Sie haben keinen deutschen und keinen EU-Pass, leben und arbeiten hier aber seit durchschnittlich 19 Jahren.

Auf Bundestagsebene sind es gar 7,8 Millionen Menschen, die in Deutschland nicht wählen dürfen, doch die politische Partizipation in einer Demokratie bedeutet selbstverständlich die Wahlbeteiligung über die Kommunalebene hinaus. »Nur wenn alle in Deutschland lebenden Menschen als Wähler*innen und Kandidat*innen wahrgenommen werden, werden auch ihre Belange berücksichtigt!«, stellt die Referentin fest.

Als Fazit des Workshops fasst Samera Bartsch zusammen:

»Von den Gegnern des Wahlrechts für Alle wird immer vorgetragen, dass es juristische Hürden gibt, die unüberwindbar sind. Davon darf man sich nicht beirren lassen, sondern man muss die politische Debatte einfordern! Denn erst wenn alle Menschen, die hier leben, wahlberechtigt sind, werden ihre Belange auch ernst genommen.«
BARTSCH

IMPULSVORTRAG VON DENIZ YILDIRIM
UND FILIZ KEKÜLLÜOĞLU

DAS EMPOWERMENT-NETZWERK »BUNT-GRÜN«

Das Empowerment-Netzwerk »Bunt-Grün« wiederum untersucht die Chancen und Barrieren der politischen Teilhabe von Migrantinnen* innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen. Die beiden Referentinnen* Yıldırım und Keküllüoğlu berichten aus der Praxis. Als selbstorganisiertes Netzwerk von Grünen aus verschiedenen kulturellen und sozialen Kontexten will »Bunt-Grün allen Menschen eine anregende und wertschätzende Plattform der aktiven politischen Beteiligung bieten«, so stellt Yıldırım das Bündnis den Workshopteilnehmerinnen* vor.

Die beiden Referentinnen* stellen in ihrem Vortrag die Forderung nach Selbstbestimmung für People of Color auf:

Das Wahlrecht für Alle ist eine wichtige Form der aktiven politischen Partizipation. Sie steht jedoch am Ende eines politischen Prozesses, denn der Meinungsbildungsprozess – also die Frage, wie bestimmte Positionen und Inhalte/Konzepte entwickelt bzw. erreicht wurden – werden nicht in den Fokus genommen. Bunt-Grün möchte jedoch genau diesen Meinungsbildungsprozess kritisch begleiten und aktiv mitgestalten. Das kann nur gelingen, wenn die politischen Parteien die Repräsentanz von Migrant*innen oder migrantisierten Menschen auf allen Ebenen der Partei der gesellschaftlichen Realität angleicht.

Bunt-Grün arbeitet daher auf zwei Ebenen: Die erste Ebene ist, die Hürden und Barrieren innerhalb der Parteistrukturen offenzulegen und aktiv zu bekämpfen. Dafür wurde 2015 unter anderem auf Initiative von Bunt-Grün die »AG Diversität« gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet an einem diversity-sensiblen Konzept, um die politische Partizipation von Menschen mit potenzieller Rassismuserfahrung innerhalb der Partei zu erhöhen. Das Konzept enthält unter anderem Diversity-Trainings für Vorstände von Kreisverbänden bis auf die Landesebene, aber auch die Stärkung von Bunt-Grün als bundes- und parteiweit erstem Empowerment-Netzwerk.

Die größte Herausforderung sehen die beiden Referentinnen* darin, dass gerade in Parteien im linken Spektrum viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, da diese sich häufig als antirassistische Parteien sehen. Jedoch verstehen sie unter Antirassismus, dass sie selber keine Unterschiede zwischen den Menschen machen (»ich sehe keine Farben«). Damit negieren sie erstens, dass sie als weiße Menschen Privilegien genießen. Zweitens behandeln sie ungleiche Gruppen gleich. Ihnen ist nicht bewusst, dass genau das eine Form der Diskriminierung ist, die nur durch Affirmative Action (Fördermaßnahmen) aufgebrochen werden kann.

Die Moderatorin und Vorstandsfrau von DaMigra Dr. Herzberger-Fofana eröffnet jetzt die Runde und eine Frage kristallisiert sich heraus: Wie gelingt es Euch, Migrantinnen* und People of Color für die politische Arbeit zu interessieren?

Nicht über Diskriminierung nachdenken zu müssen, ist ein Privileg. Wir arbeiten aktiv daran, People of Color für die politische Arbeit zu begeistern und sie so darin einzubinden. **Das Potenzial ist riesig,** berichten die Speakerinnen*. Aber der Einstieg in eine Partei ist häufig mit Hürden verbunden. Zunächst gibt es hundert Abkürzungen, die einem unbekannt sind. Auch reagieren Gruppen auf Neuzugänge erst einmal skeptisch, denn jeder Neuzugang könnte die Machtverhältnisse in Frage stellen. Das ist in jeder Partei so und es betrifft wahrscheinlich auch alle Neuzugänge – aber es ist auch ein Privileg, sich nicht fragen zu müssen, ob die erlebte Ausgrenzung Diskriminierung ist oder nicht.

Wir kämpfen gemeinsam für eine diskriminierungs- und rassismusfreie Gesellschaft und für eine progressive Integrationspolitik. Wir haben dabei nicht nur das Themenfeld Integration und Migration im Blick, denn in allen Bereichen – ob in der Schule, am Arbeitsmarkt, oder auf dem Wohnungsmarkt – ist unser Blick relevant, sind unsere Erfahrungen aus unseren individuellen Lebenswelten wichtig!

Unsere »Integrationsleistung« haben wir vor allem der Selbstaufgabe unserer Eltern und Großeltern und den seit Jahrzehnten in diesem Feld aktiven Migrant*innenselbstorganisationen zu verdanken. Gemeinsam wollen wir den Diskurs über uns beeinflussen und endlich weg davon, dass wir als defizitär wahrgenommen werden. In den letzten 10 bis 15 Jahren haben sich viele neue Vereine und Organisationen gegründet, die wie wir den Diskurs prägen:

Was ist Deutsch-Sein?, ›Wer ist Deutsch?‹ und ›Wer darf hier eigentlich was mitbestimmen?‹

Es ist wichtig, dass wir alle im engen Austausch bleiben, diese Netzwerke gezielt nutzen und uns solidarisieren.

WORKSHOP 2

Politische Teilhabe in der Gremien- und Lobbyarbeit: Chancen und Hindernisse

MIT

SARAYA GOMIS
STUDIENRÄTIN, ANTIDISKRIMINIERUNGSBEAUFTRAGTE FÜR SCHULEN, MITGLIED VON EACH ONE TEACH ONE E. V. UND MITBEGRÜNDERIN DES MARTIN L. KING JR. – KING-CODE-PROJEKT

HARPREET K. CHOLIA
LEITERIN DES PROJEKTS »KULTURBRÜCKE« / KINDER IM ZENTRUM GALLUS E. V. FRANKFURT UND VORSTANDSFRAU DES HESSISCHEN FLÜCHTLINGSRATS

MODERATION: VIRGINIA WANGARE-GREINER VORSTAND DAMIGRA
BERICHT VON MIRA RAGUNATHAN MUT-PROJEKT, PROJEKTKOORDINATORIN STANDORT DÜSSELDORF

Virginia Wangare-Greiner begrüßt erfreut die beeindruckenden Frauen*, die sich zum Workshop versammelt haben. Sie selbst ist geschäftsführend im Frankfurter Afrika-Referat Maisha e. V. tätig. Der Verein kümmert sich um Menschenrechte von Frauen* und Mädchen*, um Belange wie fehlende Ausweispapiere oder gesundheitliche Versorgung ohne Krankenversicherungsschutz. Eindringlich wendet sie sich an die Runde:

»In den wichtigen Schlüsselpositionen von Politik und Verwaltung sind wir Migrantinnen* unterrepräsentiert. Noch immer reden sie über uns, statt mit uns. Noch immer entscheiden sie über uns, ohne unsere Anwesenheit. Warum sprechen andere für uns? Das muss sich ändern! Sie sollen unsere Vielfalt sehen. Sie sollen sehen, dass wir nicht alle aus einem Land kommen und dass wir unterschiedlich denken. Und sie sollen merken, dass wir Viele sind.«

Wangare-Greiner lädt die Teilnehmerinnen* ein, ihre Erfahrungen zu teilen: **»Lasst uns hier darüber nachdenken, wie wir daran etwas ändern können. Wie können wir uns einmischen? Ihr seid stark, Ihr seid schon lange dabei! Teilt Eure Erfahrungen und seid ein Netzwerk!«** Mit dieser Ansprache hat sie die Teilnehmerinnen* auf ihrer Seite, nun übergibt sie das Wort an die erste Speakerin Saraya Gomis.

IMPULSVORTRAG VON SARAYA GOMIS

ALLEIN UNSERE ANWESENHEIT ›STÖRT‹ DAS SYSTEM

SPRACHE, SCHLÜSSELFIGUREN UND VEREINNAHMUNG IN DER LOBBY- UND GREMIENARBEIT

Saraya Gomis ist Studienrätin und Antidiskriminierungsbeauftragte für Schulen in der Berliner Senatsverwaltung für Bildung. Der Fokus dieser Antidiskriminierungsberatung für Schülerinnen* ist bundesweit einmalig. Denn diese Gruppe ist durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nicht geschützt. Gomis beginnt, indem sie Hürden ihrer täglichen Praxis beschreibt:

»Mit sprachlichen Hürden bei MSOs meine ich nicht fehlende Deutschkenntnisse, sondern unterschiedliche Amtssprachen als technisch-methodische Voraussetzung, um an wichtigen Entscheidungsprozessen teilhaben zu können. Aus diesem Grund ist die Rolle von Schlüsselfiguren in gesellschaftlich relevanten Handlungsfeldern sehr wichtig: Wir müssen einzelne Expertinnen* befähigen, unsere Anliegen in die jeweilige Sprache einer Institution und eines Gremiums zu übersetzen. Auf der Seite von Institutionen und Verwaltungen wiederum sollte es vorrangig sein, dass ihre Aufgaben verständlich kommuniziert und damit auch zugänglich gemacht werden.«

Als weitere Hürde in der Lobby- und Gremienarbeit nennt Saraya Gomis die Gefahr der inhaltlichen Vereinnahmung durch Institutionen. Es existiere bei vielen Kooperationspartnern und Organisationen zwar großes Interesse an Expertise, gewachsenen Netzwerken und Erfahrung der interkulturellen Arbeit der Migrant*innenorganisationen aber:

»Wir (MSOs) werden nach unserer Meinung gefragt und teilen uns bereitwillig mit, oft im Glauben, dass sich dadurch in der Mehrheitsgesellschaft grundsätzlich etwas ändert und sich dadurch unsere Zugangschancen verbessern.«

Oft werde der Input für die Institution dann genutzt, wie beispielsweise zur Veranstaltungsplanung oder zur Erstellung eines Diversity-Konzeptes, damit eine Organisation weniger ausschließend nach Außen wirkt, aber grundsätzlich ändere sich oft mehr auf dem Papier, und nicht nachhaltig in der Organisationsstruktur. Folgendes beschreibt die Effekte von beginnender Diversifizierung in einem homogenen System: »Allein unsere Anwesenheit ›stört‹ das System. Unsere Körper sorgen für Irritation und kündigen Veränderung an, unsere Kleider, unsere Gangart, wie wir sprechen.«

Allerdings, so Gomis weiter, finden sich im besten Fall in jeder Organisation Verbündete, die ihre kritische Haltung nach einiger Zeit weiter reflektieren und ihre Unterstützung und Ressourcen dann umso bereitwilliger anbieten, um mehr Mitsprache und Vielfalt zu erreichen und dadurch die jeweilige Organisation zu öffnen. Außerdem sei ein starkes Netz an NGOs / MSOs bedeutsam für Veränderungen innerhalb von Systemen.

Die Moderatorin stellt nun die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, selbst Stellen zu schaffen, anstatt auf Willen und Bereitschaft von Institutionen zu warten. Darauf weiß die zweite Referentin Harpreet K. Cholia zu antworten.

IMPULSVORTRAG VON HARPREET CHOLIA

VERNETZT EUCH, DANN SEID IHR STARK!

AUF DEM WEG ZU LOBBYARBEIT UND POLITISCHER TEILHABE IN GREMIEN

»Die Erfahrung zeigt, dass es nicht nur eine Frage von Expertise oder hartnäckigem Kampfesmut ist, ob es gelingt, Schlüsselpositionen für Vertreterinnen* von MSOs zu schaffen. Vielmehr offenbart sich an unserem wiederholten Scheitern, dass es Strukturen sind, gegen die wir kämpfen und deshalb lohnt es sich, diese genau zu untersuchen.«

Harpreet Cholia ist die Vorstandsvorsitzende des hessischen Flüchtlingsrats. Als Leiterin des Projekts »Kulturbrücke«, einem interkulturellen Mehrgenerationenhaus in Frankfurt, arbeitet sie für eine MSO, die seit über 40 Jahren aktiv ist und mit mittlerweile 80 Mitarbeiter*innen fest im Frankfurter Stadtteil Gallus verwurzelt ist. Ihre Position hat Cholia in der Vergangenheit umsichtig dazu genutzt, die Frankfurter MSO mit den mehrheitlich weißen Strukturen des Flüchtlingsrats zu verweben. »Vor allem war das 2015 notwendig, als viele neue Geflüchtete in Frankfurt ankamen.«

Konkret verfolgt sie die Absicht, verschiedene Initiativen zu koordinieren und zu einem Netzwerk zu verbinden. Damit sie sich gegenseitig unterstützen und stärkere Allianzen auf der Landesebene bilden können. Die Herausforderung dabei war, so Cholia, eine Brücke zwischen MSO-Akteurinnen* und mehrheitlich weißen Unterstützungsgruppen zu bauen: **»Immer wieder kam seitens der weißen Unterstützungsgruppe die Frage auf: Wo sind die Migrant*innen, um die Geflüchteten zu unterstützen? Dabei wusste ich aus eigener Erfahrung, dass MSOs zu den wenigsten Podien, runden Tischen und Expert*innengruppen eingeladen wurden. Das Problem ist immer noch die Augenhöhe.«**

Das sei ein strukturelles Problem, bringt sie auf den Punkt. Denn wenn die Vertreterinnen* der MSOs trotz Engagement, Kampfgeist und Expertise unsichtbar gemacht würden, läge es daran, dass ihnen die Sprecherinnen*rolle nicht zugemutet wird. **»Das ist ein gesellschaftliches Problem. Es passiert nicht, weil wir zu viele Defizite haben. Was wir dem entgegensetzen können, ist, uns umso besser zu vernetzen. Eine Kette zu bilden zwischen der Basis, den Schlüsselfiguren in Organisationen und der Politik, um so Informationen und Unterstützung gezielt weiterzugeben.«**

Seither sei in Frankfurt viel passiert, berichtet sie. Der Flüchtlingsrat hat viele Ansprechpartnerinnen* im hessischen Landtag, die mittlerweile auch von den MSO genutzt werden können und ihnen damit zu mehr Sichtbarkeit verhelfen. Auf der Basis dieser Erfahrung ermuntert sie die Anwesenden dazu, miteinander in Kontakt zu treten und einander zuzuhören: **»Vernetzt euch, dann seid ihr stark.«**

SOLIDARITÄT, WISSEN UND VERNETZUNG UNTER MIGRANTINNEN*-ORGANISATIONEN – EINE AUFGABE VON DAMIGRA?

»Wie kann Lobby- und Gremienarbeit auch innerhalb von Migrantinnen*organisationen strategisch unterstützt werden?«, so lautet die anschließende Fragestellung des Workshops.

SPRACHE UND KULTUR DER POLITIK

Wie so oft wird erneut die sprachliche Barriere in vielen gesellschaftlich relevanten Handlungsfeldern genannt: **»Nicht alle von uns beherrschen die Sprache der Politik, in den Gremien der Parteilandschaft. Aber die müssen wir uns aneignen, um mitreden zu können.«**

Das stößt wiederum auf Kritik: **»So kann auch ein Entwicklungsparadigma entstehen. Denn sehen wir die Defizite nur bei uns, dann übersehen wir Ausschlussmechanismen der Strukturen. Nach unzähligen Schulungen und Verformungen, wie sehr sind wir dann noch eine Migrantinnen*organisation? Das Problem sind nicht wir Migrantinnen*: Wir sind in vielerlei Hinsicht multilingual und werden dennoch immer Sprachbarrieren vorfinden.«**

Eine weitere Teilnehmerin* weist darauf hin, dass in der über Jahrzehnte gewachsenen Vereinsarbeit selbst schon die Chance läge, Wissen weiterzugeben: **»Eine politische Kultur, zu der Sprache, Wissen, aber auch Standing und Kontakte gehören, können junge Frauen* schon sehr früh in Vereinen und NGOs praktizieren. Außerdem braucht die nachfolgende Generation auch positive Vorbilder, um den Mut zur Selbstermächtigung zu entwickeln.«**

MIT KOMMUNIKATIONSKETTEN UND WISSENSFLUSS ZUR NETZWERKBILDUNG

Der Aufbau von Kommunikationsketten zwischen Akteurinnen* der Lobby- und Gremienarbeit beschäftigt die Gruppe intensiv: **»Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass der intensive und nachhaltige Kontakt durch zuverlässige Netzwerke grundlegend ist«**, so eine Teilnehmerin*. **»Die zwischenmenschliche Ebene darf hierbei nicht unterschätzt werden.«** Allerdings müsse man proaktiv handeln und sich vor Resignationen schützen, wenn man nicht erwartungsgemäß wahrgenommen und angefragt werde. Das war zur großen Fluchtbewegung 2015 der Fall, als interkulturelle Erfahrung und Sprachkenntnisse der MSOs überall benötigt wurden.

Cholia, auch Vorstandsfrau des Hessischen Flüchtlingsrats, betont jetzt, dass die Vertreterinnen* der MSOs bei allen Aktivitäten darauf achten sollten, dass sie nicht nur Inhalte in die Kommunikationskette einbringen, sondern dass Informationen auch immer wieder zurückfließen. **»Sonst erbringen wir den Aufwand, unser Wissen zu verteilen, ohne selbst mit Ressourcen wie Informationen und Kontakten ausgestattet zu werden. Schließlich basiert qualitativer Austausch immer auf Gegenseitigkeit.«**

SOLIDARITÄT: DIE ROLLE VON DAMIGRA

Solidarität wird als Schlüsselwort genannt, denn diese schaffe erst die notwendigen verlässlichen Netzwerke. Auch wenn die vielfältigen Migrantinnen*organisationen nicht alle die gleichen Forderungen formulieren, sollten sie im richtigen Moment geschlossen – und damit sichtbar – auftreten.

Auch besteht der Wunsch, die Infrastruktur des bundesweiten MUT-Projekts zu nutzen, um den Vereinen Weiterbildungen in verschiedenen Modulen des Projektmanagements zu ermöglichen, um eigene Projekte zu konzipieren und auch mithilfe von Lobbyarbeit voranzubringen.

WISSEN TEILEN

Großen Zuspruch findet am Ende der Vorschlag, dass DaMigra die Ressourcen und Erfahrungen ihrer bundesweiten Mitgliedsverbände professionell bündelt. Daraus folgt die Erstellung einer Datenbank über die jeweiligen Fähigkeiten und Expertisen: Wer verfügt über welche professionellen Kompetenzen und wer ist bereit, dieses Wissen im Austausch weiterzugeben?

FAZIT

Migrantinnen* bilden Netzwerke und der Dachverband DaMigra unterstützt den Wissens- und Ressourcentransfer zwischen Migrantinnen*organisationen. Diese Kommunikationskette gelingt durch Expertinnen* in Schlüsselpositionen in politischen Gremien und Verwaltungen.

Yallah Feminismus!

Warum wir DaMigra mehr in der Öffentlichkeit brauchen

EIN STATEMENT VON FERDA ATAMAN, SPRECHERIN DER NEUEN DEUTSCHEN ORGANISATIONEN UND VORSTANDSMITGLIED DER NEUEN DEUTSCHEN MEDIENMACHER E. V.

Wenn es DaMigra nicht schon gäbe, müsste der Dachverband sofort gegründet werden. Denn Migrationsdebatten werden immer häufiger wieder entlang von Geschlechterfragen geführt. Als beispielsweise nach Silvester 2015 bundesweit über sexuelle Übergriffe von »Migranten« am Kölner Bahnhof diskutiert wurde, kam das bekannte Muster wieder zutage: Migranten gleich Täter, »weiße« Frauen gleich Opfer. Ich hätte mir gewünscht, dass mehr Kolleg*innen aus den Medien DaMigra gekannt und um ein Statement gebeten hätten. Denn eine weibliche Stimme of Color hätte es dringend gebraucht, die daran erinnert, wie sexualisiert, rassistisch und schief solche Debatten oft verlaufen.

Ein anderer Grund, warum DaMigra öfter in Erscheinung treten muss: »Migranten« haben im allgemeinen Diskurs oft kein Geschlecht. Wir sollen Deutsch lernen, integriert werden oder uns selbst integrieren, gute Schulabschlüsse schaffen usw. Aber, dass es einen Unterschied in den Erfolgen von Eingewanderten gibt, dass migrantische Frauen zum Beispiel oft sehr gut – mitunter sogar besser – abschneiden als Einheimische, das nimmt kaum jemand wahr. Oder dass sie feministisch aktiv sind. Stattdessen werden Frauen of Color so gut wie nie gefragt, wenn es um den Gender Pay Gap geht, dabei haben sie hierzu nicht nur eine Meinung – migrantische Frauen werden leider oft noch schlechter bezahlt, als autochthone Frauen. Auch wenn es um eine Frauenquote geht, habe ich noch nie gesehen, dass beispielsweise eine schwarze Frau von den Medien hierzu interviewt würde. Wieso nicht? Weil »Migranten« von Politik und Medien nur für die Themen Einwanderung und Integration eingeplant werden. Weil »Migranten« scheinbar kein Geschlecht haben, sondern nur eine Herkunft. Absurd!

Hinzu kommt, dass DaMigra auf Themen aufmerksam macht, die viel zu lange vernachlässigt wurden: Geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen, Gender und Flucht oder Gesundheitsfragen.

Beim Nationalen Integrationsgipfel oder bei Dialogveranstaltungen mit Migrant*innen wurden bislang nach meiner Beobachtung die meisten Dachverbände von Männern repräsentiert. Gut, dass inzwischen durch DaMigra eine weibliche Sicht auf die Themen garantiert ist. Mit anderen Worten: DaMigra ist endlich da und das ist gut so. Die Jahreskonferenz 2017 in Berlin hat gezeigt, wie vielfältig Frauen mit Migrationsbezügen sind und wie wichtig es ist, dass wir uns austauschen, kennenlernen, diskutieren und gemeinsam stark auftreten. Wir brauchen euch und freuen uns sehr auf die weitere Zusammenarbeit!

WORKSHOP 3

Refugee Empowerment

—

Tools von und für Geflüchtete

MIT

JENNIFER KAMAU
IWS – INTERNATIONAL WOMEN SPACE, BERLIN

AMIRA AHMAD
MONITORING INITIATIVE, IWS UND TRESKOWSTRASSE FRAUENRAT, BERLIN

VJOELA ALLKANJARI
ANWÄLTINNEN OHNE GRENZEN, VORSTANDSFRAU BEI DAMIGRA

MODERATION: KOOK-NAM CHO-RUWWE VORSTAND DAMIGRA
BERICHT VON NICOLE THIES MUT-PROJEKT, PROJEKTKOORDINATORIN STANDORT LEIPZIG

Zum dritten Workshop standen folgende Worte in der Einladung: »Geflüchtete Frauen* und Mädchen gehören zu der Gruppe besonders schutzbedürftiger Menschen. […] Wie können derartig vulnerable Gruppen immer noch handlungsfähig sein und damit Einfluss auf ihre eigenen Lebensbedingungen nehmen. Sich also ihre Grund- und Menschenrechte erkämpfen?«
Dieser Einladung folgten bei sommerlichen Temperaturen 32 Teilnehmerinnen*. Die Stimmung ist gut – herzlich. Viele Sprachen und Lachen erfüllen den Raum.

IMPULSVORTRAG VON JENNIFER KAMAU

FLUCHT IST IMMER AUCH EIN POLITISCHES STATEMENT

Jennifer Kamau ist Mitbegründerin des International Women Space (IWS) in Berlin. Sie flüchtete 2012, nun berichtet sie über die Geschichte des IWS. Sie erzählt von den Protesten der Geflüchteten gegen die Lebensbedingungen in Heimen, vom Protestcamp auf dem Kreuzberger Oranienplatz und von der anschließenden Besetzung der naheliegenden Gerhardt-Hauptmann-Schule. Daraus folgte die Gründung des ersten Open Space für Frauen* auf zwei Etagen dieser Schule. Denn auch während dieser Zeit standen immer die Männer im Mittelpunkt – egal wie viele Frauen* anwesend waren und mitkämpften.

Sie berichtet von den misslungenen Verhandlungen mit der Bezirksverwaltung, um ein offenes Zentrum für Geflüchtete einzurichten. Der anschließende Protest und Widerstand hielt 17 Monate an und das Ende war die polizeiliche Räumung der Schule.

Der IWS will Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* sichtbar machen und kämpft gegen die gängigen Bilder von geflüchteten Frauen*. Klischees und Zuschreibungen wie »Opferrolle«, »die Überlebende« oder die »empowerte Frau«. Oft sähen sie sich aber konfrontiert mit der schieren Gewalt der strukturellen Diskriminierung von Behörden und Verwaltungen innerhalb der langwierigen Asylprozedur.

»Die Entscheidung zur Flucht aus dem Herkunftsland war nicht nur ein Kampf um das Überleben, sondern auch ein politisches Statement. Denn das Herkunftsland verließ man nicht freiwillig, sondern weil man nicht einverstanden war mit den vielen Formen der Gewalt, besonders gegen Frauen und Kinder. Man ist nicht einverstanden mit der systematischen Unterdrückung und Entmündigung von Menschen und so sind auch alle Entscheidungen im Asylprozess als politisch zu betrachten.«

Die große Herausforderung und ständige Kraftanstrengung, so Jennifer Kamau, bestehe darin, die Opferrolle abzulegen. Der seien die Menschen ja durch die Flucht erst knapp entgangen, um ihr im Aufnahmeland nun in neuer Form wieder zu begegnen. Stattdessen sei es notwendig, durch politische Organisationen wie den International Women Space Strukturen für Empowerment zu schaffen. Die Referentin fordert nun ernst: »Wir kümmern uns bereits um unsere Familien. Gleichzeitig kämpfen wir Frauen* politisch für eine Bleibeperspektive das geht aber nicht ohne den Zugang zu Ressourcen! Armut ist nicht nur ein Mangel an Geld, sondern auch ein Mangel an Würde.«

»Wir haben Kinder, wir haben Verantwortung und möchten eine menschenwürdige Zukunft für Sie. Das haben wir Frauen gemeinsam. Denn jeder Mensch bringt seine Erfahrung ein. Wir wollen eine bessere Zukunft, egal woher wir kommen!« Für die Frauen sei es fast unmöglich, diese überlebensnotwendige politische Selbstorganisation unter solch prekären Verhältnissen aufrecht zu erhalten. Auch wird die gesellschaftlich so grundlegende Sorgearbeit (Care-Arbeit) nach wie vor von derselben Gesellschaft nicht anerkannt.

Nun geht die erfahrene Aktivistin darauf ein, was genau mit Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund geschieht, die sich selbst empowern und ermächtigen wollen, aber damit konfrontiert werden, dass weiße Menschen mehr Privilegien besitzen (white supremacy). Das gehe über die Alltagswelt hinaus bis in den öffentlichen Diskurs von Migrationsdebatten. Auch auf akademischer Ebene entstünden daraus überwiegend Studien und Theorien, die über Frauen* schreiben, aber deren vielfältige Erfahrungen oft unterdrücken und weiterhin viktimisierende Stereotype und Rollenbilder produzieren. Schlussfolgernd fragt sie in die Runde: »Wo bleibt da die politische Teilhabe von Geflüchteten?«

IMPULSVORTRAG VON AMIRA AHMAD

LAGER MONITORING INITIATIVE

EINE SELBSTORGANISIERTE BESTANDSAUFNAHME IN DEN UNTERKÜNFTEN FÜR GEFLÜCHTETE

Amira Ahmad (Monitoring Initiative, IWS und Treskowstraße Frauenrat, Berlin) beschreibt zuerst die Situation von geflüchteten Frauen* in Unterkünften: »In den Heimen ist es aus ›Sicherheitsgründen‹ untersagt, Schlafräume abzuschließen. Das ist ein zutiefst entmenschlichender Vorgang, der insbesondere Frauen* und Kinder betrifft – sie sind damit schutzlos und Gewalt wie sexuellen Übergriffen ausgeliefert. Überall sonst in Deutschland gelten die Menschenrechte, *außer* in den Unterkünften für Geflüchtete.«

Sie fordert die Aufklärung der Geflüchteten über ihre Menschenrechte (wie beispielsweise CEDAW-Trainerinnen sie anbieten, Anm. d. Red.). Dabei sei der größte Irrtum des Systems, dass Frauen* und Geflüchtete behandelt würden, als wären sie nicht in der Lage ihre Menschenrechte zu verstehen, geschweige denn sie einzufordern.

Ahmad plädiert hier eindringlich für die Menschenrechtsbildung in Massenunterkünften. Diese unterstützt den Kampf um das Überleben der Selbstorganisationen der Geflüchteten. In ihrer Initiative haben Geflüchtete, Migrantinnen* und deutsche Frauen* nach Lösungen zur Verbesserung der Lebensumstände in den Camps gesucht. Denn über die reine Unterhaltung solcher Camps hinaus, müsse man auch in grundlegende Standards, Qualitätskontrolle (Monitoring) und das Management der Camps investieren.

So entstand die »Lager Monitoring Initiative«. Dabei sollten die realen Bedingungen und die Leistungen unterschiedlicher Unterkünfte transparent gemacht werden, um auf dieser Basis Lösungen zu finden. Grundsätzliche Zielsetzung der Initiative: die Regierungsorganisationen mit Geflüchteten an einen Tisch zu bringen, um über Anliegen, Rechte und das Monitoring in Lagern als Konzept zu verhandeln. Am Schluss weist die Aktivistin noch auf die fehlende, aber dringend notwendige finanzielle Ausstattung der Initiative hin.

Ich möchte euch ermutigen, diese Arbeit fortzusetzen.
»Migrantinnen* sind keine Objekte, wir sind Menschen und wir haben Rechte – heute wie damals. Und zu hören, dass sich nichts geändert hat, das ist sehr traurig und fatal«, so spricht jetzt die Vorstandsfrau von DaMigra Kook-Nam Cho-Ruwwe. Die Situation der Gastarbeiterinnen* seit den 50er Jahren habe sich kaum geändert. Damals wurde gesagt, Deutschland sei kein »Einwanderungsland«. Damit wurden jedoch die Rechte der Migrantinnen* von Anfang an systematisch unterschlagen. Migrantinnen*rechte müssten nach wie vor eingefordert und politisch erkämpft werden. Damals, so Cho-Ruwwe, haben sie im Selbststudium erfahren, was ihre Rechte sind, sie haben Beschwerdebriefe formuliert und Podiumsdiskussionen organisiert. Dadurch fand eine Politisierung statt. 2004 wurde infolgedessen das Einwanderungsgesetz maßgeblich reformiert.

Als Nächstes klärt die erfahrene Juristin Vjoela Allkanjari aus rechtlicher Sicht über den Handlungsspielraum für Migrantinnen*rechte auf.

IMPULSVORTRAG VON VJOELA ALLKANJARI

WIR SOLLTEN DIE MENSCHEN, DIE KOMMEN, NICHT NACH IHREN HEIMATLÄNDERN KLASSIFIZIEREN. JEDER HAT ETWAS BEIZUTRAGEN IN DIESEM LAND.

Vjoela Allkanjari ist Vertreterin von Anwältinnen ohne Grenzen. Der Verein wurde vor 10 Jahren in Freiburg gegründet, seit zwei Monaten existiert auch eine Regionalgruppe in Berlin.
Deutschland und Europa verfügen über schwierige und komplexe Asylsysteme. Dennoch seien die Gesetze ›nur‹ Texte, und die Realität werde darin oft nicht repräsentiert, erklärt Allkanjari. Gesetzeslücken wiederum werden von Jurist*innen nach eigenem Ermessen interpretiert. Darin könne auch ein Vorteil im Sinne einer politischen Interventionsmöglichkeit liegen, so die erfahrene Juristin.

Politisch bringe jedoch vor allem die verstärkte Nähe von Gesetz und Politik Schwierigkeiten mit sich. Diese »Auslegungspraxis« hat z. B. zur Folge, dass Staaten zu Unrecht als sicher oder unsicher proklamiert und hergestellt werden können. Vor allem, weil mit dieser Handhabung offensichtliche ökonomische Interessen verbunden seien. Denn das europäische und deutsche Asylrecht seien komplizierte Systeme mit einem enormen Aufwand an finanziellen Mitteln und Ressourcen, erörtert Allkanjari.

Die Ausbildungsduldung ist dabei ein zentrales Instrument – mit dem Integrationsgesetz wurden die berufsorientierten Maßnahmen für Asylsuchende eingeführt. Entgegen der fortwährenden Fluchtbewegungen und der Notwendigkeit der beruflichen Integration von Neuankömmlingen laufen diese Maßnahmen nun jedoch aus. »Hier muss man juristisch ansetzen!« Gleichsam wichtig sei die Forderung, dass die Anerkennung von

Dokumenten und Berufsabschlüssen tatsächlich vorgenommen werde. So weist die Juristin auf die Defizite des geltenden Anerkennungsgesetzes hin. »Das sind die grundlegenden Maßnahmen, die Menschen die gesellschaftliche Teilhabe erst ermöglichen«, schließt sie. Viele Frauen* aus der Workshoprunde stimmen ihr hier zu. Denn aus eigener Erfahrung wissen sie um die fatalen Folgen, wenn die eigene Teilhabe am Arbeitsmarkt verwehrt wird.

Die Moderatorin öffnet nach diesen Impulsvorträgen die Diskussion:
Der erste Beitrag kommt von einer Teilnehmerin*, die aus dem Sudan geflüchtet ist und in der Fußballgruppe *freedom of movement* in Berlin aktiv ist: »Was ist denn politische Arbeit?«, fragt sie. »Wer sagt, dass Kinderkriegen und zu Hause arbeiten, keine Arbeit sind?« Ferner beschreibt sie das Problem der Geflüchteten, nicht mehr als ein Zimmer mieten zu können. Die Heime und das Personal würden staatlich finanziert, aber bei der weiteren Wohnungssuche gäbe es keine Hilfe auf dem umkämpften Wohnungsmarkt. Ihr Statement: »Es gibt nur eine Lösung für Camps: Keine Lager! Von Anfang an.«

Amira Ahmad bestätigt, dass auch die Monitoring-Initiative nur eine notwendige Übergangslösung sei. Laut Gesetz kann die Unterkunft nach sechs Monaten verlassen werden, dies sei jedoch nicht die Praxis! Viele Geflüchtete leben jahrelang dort. Deshalb müssen wir uns verbünden, um nicht nur nach dem Staat zu rufen, sondern die Frauen zu empowern, damit sie mitentscheiden können. Ahmad: »Wir sind keine Objekte oder Subjekte, wir sind Menschen.«

Auf **Cho-Ruwwes** Frage, wie und ob der Prozess unterstützt oder gar beschleunigt werden kann, antwortet sie, die Antragsstellung der Monitoring-Initiative sei inzwischen geprüft und bestätigt worden. Doch das lange Prozedere von der Antragstellung über die Anerkennung bis zum Projektbeginn sei ein viel zu langer und zeitraubender Weg für Geflüchtete in ihrer prekären unsicheren Situation.

Jedoch könnten an dieser Stelle Vereine wie der Dachverband DaMigra dabei helfen, ergänzt **Vjoela Allkanjari**, da Vereine auch rechtlich leichter als Träger akzeptiert würden. Die Verfahren seien schwierig, aber es gäbe auch andere Förderquellen als die Kommunen. Dazu bot DaMigra am folgenden Tag einen Workshop zu Fördermöglichkeiten von soziokulturellen Projekten an.

Die letzte Workshopteilnehmerin dieses Nachmittags, **Charlotte Johnson**, arbeitet seit 2015 beim Arbeitsamt in Nürnberg. Hier ist sie zuständig für Prävention, ihre Zielgruppe sind Geflüchtete. Sie berichtet von ihrer täglichen Arbeit: »Erst wenn die Beschwerden von den Ehrenamtlichen der Initiativen kommen – und nicht von den Geflüchteten selbst – erst dann kann ich kämpfen. […] Ich schaffe es nicht alleine, aber zusammen können wir das ändern. Das Monitoring ist ein wichtiger Beitrag dazu. **Migrantinnen* für Migrantinnen***. Zu diesem Zweck haben auch das MUT-Projekt und das Migrantinnennetzwerk Bayern zur Selbstermächtigung gemeinsam Workshops (»Stärke erkennen«) und verschiedene Module einer »Zukunftswerkstatt« durchgeführt.

Amira Ahmad schließt diesen Workshop mit den Worten:

»We will make the change that WE think is necessary for us!«

Cherchez la Femme

—

Auf der Suche nach der Frau*

DAS MUT-PROJEKT AUS HALLE AUF EXKURSION IM JÜDISCHEN MUSEUM BERLIN
VON CAN MILEVA RASTOVIC

Juni 2017 – Kopftücher, Perücken, Burkas. Die weibliche Verhüllung und ihre unzähligen Varianten sind immer wieder ein hitzig debattiertes Thema. Welche Bedeutung die Verschleierung des weiblichen Körpers hat, in welchen Traditionen und Religionen dies eine Rolle spielt – damit beschäftigt sich die aktuelle Ausstellung »Cherchez la Femme« im Jüdischen Museum Berlin.

Das Besondere an der Ausstellung ist, dass hier Frauen* aus verschiedensten Regionen und Religionen zu Wort kommen. Frauen*, die in aktuellen politischen Debatten gerne überhört werden und dadurch im Diskurs auf doppelte Weise unsichtbar bleiben.

So verwundert es nicht, dass diese Ausstellung auch Teilnehmerinnen* des MUT-Projekts anzieht. Mit einem Bus reisten rund 50 Frauen* aus Halle an, um sich mit der Selbstbestimmung der Frau* auseinanderzusetzen. Vorneweg läuft Franziska Ilse-Shams. Sie ist die Standortleiterin des MUT-Projekts in Halle. Wir stellen uns für die Sicherheitskontrolle an, die hier ernst genommen wird. Auch die Frauen* werden jetzt ernst, sie scheinen das Prozedere aus anderen Kontexten zu kennen. Sie kommen aus Afghanistan, Irak, Iran, aus Syrien, aus Westafrika, aus Vietnam und Polen. Viele sind geflüchtet. Viele tragen Kopftücher.

Der eigenwillige Museumsbau von Daniel Libeskind ist selbst schon einen Besuch wert. In seinem Zentrum gibt es keine rechten Winkel, die Wege aus schwarzem Schiefer verlaufen abschüssig und ansteigend ohne erkennbares System. Die Routen der jüdischen Diaspora auf der Flucht vor der Shoa stehen an den Wänden. Diese Wege lassen Entwurzelung, Verlust und Vertreibung erahnen, auch die geflüchteten Frauen* wissen darum.

Wie viele Kopfbedeckungen sehen sie auf diesem Bild?
Als erstes geht die Gruppe mit den Arabisch sprechenden Frauen* in die Ausstellung.

Wir stehen vor der Fotografie einer orthodoxen jüdischen Hochzeit. »Wie viele Kopfbedeckungen sehen sie auf diesem Bild?«, fragt der Guide. Wir sehen Kopftücher, Haarschleifen, vor allem unzählige Perücken. Nur bei den Mädchen* sehe man die richtigen Haare, erklärt er. Denn im Judentum sei es so, dass ab der Hochzeit die Haare aller Frauen* bedeckt werden. Das überrascht die meisten von uns. Im Judentum, genauso wie im Islam, existieren viele Kulturpraktiken zur Kopfbedeckung schlägt der studierte Philosoph die Brücke zu den MUT-Frauen*.

Dann stehen wir vor Ankleidepuppen mit verschiedenen Kopf- und Körperverhüllungen.Wir sehen das ganze Spektrum – von Kopftüchern, bis zum Tschador (iranische Bezeichnung für das Kopftuch). Auch der Ganzkörperbadeanzug (Burkini) fehlt nicht. Ganz am Ende: eine Burka – die blaue afghanische Ganzkörperbedeckung mit dem undurchdringlichen Gitter vor den Augen.

Vor dem Selbstportrait der Künstlerin Anna Shteynshleyger komme ich mit Betty Wali ins Gespräch. Sie ist eine MUT-Projektkoordinatorin vom Standort Halle. Wir schauen uns das Bild an. Eine junge Frau* im Profil, ihre Schultern sind unbekleidet. Sie trägt verschiedene Perücken wild übereinander, ihr Gesicht ist nicht zu erkennen.

Betty ist Irakerin und Bauingenieurin, 2001 kam sie aus Bagdad nach Deutschland. Ich wende mich an sie mit der Frage, wie es im Irak mit dem Kopftuch sei. Im Irak existiere kein Zwang zum Kopftuch. Aber als sie ihr Studium im Iran fortsetzte, wurde sie mit dem Verschleierungsgebot per Gesetz konfrontiert. Auf meine Frage, wie sie zum MUT-Projekt kam, berichtet sie von ihrer eigenen entbehrungsreichen Flucht, und dass es damals fast keine Hilfe für Geflüchtete gab. Jetzt koordiniert sie Empowerment-Workshops, auch zur Teilhabe am Arbeitsmarkt, und Events wie diesen Museumsbesuch.

»Zu Beginn der Fluchtbewegungen habe ich mich sofort entschieden, anderen geflüchteten Frauen* zu helfen.« BETTI WALI

Nun gesellen sich noch drei Frauen* hinzu – eine Mutter und ihre zwei Töchter. Sie kommen aus Syrien. Die zwei Töchter Nur und Reem Alafoush sind 25 und 27 Jahre alt, haben englische Literatur und Maschinenbau studiert. Die Mutter ist Lehrerin. Ein Jahr und sechs Monate sind sie jetzt hier, ihr Deutsch ist mehr als gut. Alle drei tragen Kopftücher.

Reem: »Hier in Deutschland sagt man mir, Maschinenbau ist ja schon eher ein von Männern dominiertes Studium und mit deinem Kopftuch wirst du vielleicht Schwierigkeiten haben, später einen Job zu bekommen.« Aber Reem glaubt das nicht: »Nach fünf, sechs Jahren werden die Menschen merken, dass wir nichts Schlechtes wollen und sogar Vieles mitbringen. Wir wollen hier nur unser Leben fortführen. Vielleicht können wir auch nach Syrien zurückkehren, aber das können wir jetzt noch nicht wissen.« Ob Reem tatsächlich trotz ihres Kopftuchs gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat, ist fraglich. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das im März dieses Jahres ein Kopftuchverbot in privatwirtschaftlichen Unternehmen für zulässig erklärt hat, lässt daran zweifeln.

Dr. Delal Atmaca, Vorstandssprecherin von DaMigra, dem Träger des MUT-Projektes, sieht eine weitreichende Gefahr, die durch das Urteil verschärft wird. Atmaca stammt selbst aus Halle und hat die Frauen*, von denen sie viele persönlich kennt, an diesem Samstag begleitet. »Für zahlreiche Musliminnen* und Migrantinnen* in Deutschland bedeutet das EuGH-Urteil konkret eine Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit sowie ihrer gleichberechtigten Teilhabe. Es ist vor allem eine Behinderung des Schlüsselfaktors für Emanzipation, nämlich die uneingeschränkte Teilhabe am Arbeitsmarkt«, so Atmaca.

Ob ein Gesetz das Tragen eines Kopftuches vorschreibe oder verbiete – in beiden Fällen liege ein patriarchales Grundmuster zugrunde, das Frauen vorschreibe, was sie dürfen und was nicht, wie sie in der Öffentlichkeit auftreten sollen und wie nicht, stellt Dr. Atmaca von DaMigra fest.

Die jungen Syrerinnen sind überrascht zu hören, dass in Deutschland die meisten denken, sie würden alle gezwungen, das Kopftuch zu tragen. »In der Ausstellung haben wir doch gesehen, dass in vielen Religionen Kopfbedeckungen zur Tradition gehören. Ich möchte selbst wählen, ob ich ein Kopftuch trage oder nicht. Mein Vater war sogar dagegen«, wirft die 25-jährige Nur Alafoush ein, um dann hinzuzufügen: »Ich meine, ein zufriedener Mensch ist jemand, der seinem eigenen Herzenswunsch zu seiner eigenen Zeit folgen kann.« Für sie ist die Wahl einer Kopfbedeckung ein Zeichen der Selbstbestimmung. Doch das sehen nicht alle so.

Die Ausstellung möchte genau solche Diskurse ermöglichen.

»Wir wollen als Jüdisches Museum Berlin in Kreuzberg und vor dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Geschichte alle diese Fragen und Ansichten nebeneinander stellen und auch verschiedene Antworten stehen lassen. Auch wenn das nicht immer einfach ist.«

Open Space –
Kampagnenwerkstatt

Politische Strategien von morgen?

MIT

CÉLINE BARRY
PROJEKTLEITERIN IM ANTI-DISKRIMINIERUNGSNETZWERK, TÜRKISCHER BUND IN BERLIN-BRANDENBURG

DORIS DEDE
AKTIVISTIN BEI WOMEN IN EXILE, POTSDAM

MODERATION: FIGEN BRANDT VORSITZENDE DAMIGRA
BERICHT VON RUKYIE CANKIRAN MUT-PROJEKT, PROJEKTKOORDINATORIN HAMBURG

Die Teilnehmerinnen* des Workshops sitzen im Außenkreis um die Referentinnen*, die in einem inneren, kleineren Kreis Platz genommen haben. Zwei Stühle im Innenkreis bleiben frei, offen für Teilnehmerinnen*, die sich dazusetzen und das Wort ergreifen können. Fishbowl wird diese Methode der Diskussion genannt. Sie passt zum Format des Open Space in diesem Workshop. Gemeinsam sollen hier »politische Strategien von morgen« erarbeitet werden.

Die DaMigra-Vorsitzende Figen Brandt wird moderieren. Sie begrüßt alle Teilnehmerinnen* im Café der Werkstatt der Kulturen (Berlin). Andere Teilnehmerinnen* der Jahreskonferenz kommen hinzu. Die Frauen* lassen sich nicht ablenken, sind konzentriert beim Thema, während Figen Brandt einleitet. **»Rechtspopulismus und rassistische Hetze sind in Deutschland und Europa massiv erstarkt. Wie können Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* sich dagegen organisieren, ohne dabei für politische Zwecke instrumentalisiert zu werden?«**

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg engagiert sich für das Antidiskriminierungsgesetz, insbesondere für die Umsetzung in Berlin als Ergänzung zum bundesweiten Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Die Projektleiterin Céline Barry beschreibt Konflikte im täglichen Leben, in denen Diskriminierung aufgrund von Rassismen stattfindet.

IMPULSVORTRAG VON CÉLINE BARRY

SCHAFFT RACIAL PROFILING AB!

Ein Problem stellen besonders »kriminalitätsbelastete Orte« dar, an denen die Polizei die Menschen ohne Angabe von Gründen kontrollieren darf. An diesen Orten werden sichtbare Minoritäten (Schwarze Menschen, Muslim*a, Rom*nja) von der Polizei deutlich häufiger kontrolliert (Racial Profiling).

Céline Barry ist seit Jahren in antirassistische Initiativen involviert, arbeitet mit muslimischen feministischen Gruppen zusammen und schreibt zurzeit an ihrer Promotion in Sozialwissenschaften zum Thema »Postkolonialer Frauenrechtsaktivismus in Dakar« an der Freien Universität Berlin. Durch ihre langjährige Erfahrung weiß sie, dass besonders junge Männer* von Racial Profiling betroffen sind, weil sie »in ihrer Community rumhängen und damit aus Prinzip verdächtig sind«.

Das Netzwerk setzt sich durch den Dialog mit Politik und Zivilgesellschaft für sie ein und sensibilisiert damit für das Problem des Racial Profiling. Zu diesem Zweck werden auch Aktionen durchgeführt. Als Beispiele nennt Barry das »Theater X«, eine Theatergruppe, die mit performativen Mitteln direkt auf der Straße auf dieses Thema aufmerksam macht. Oder das Videoformat »Schickt uns eure Erfahrungen«. Hier erzählen Betroffene mit kurzen Videoclips im Internet von ihren Erlebnissen. Am Ende des Projekts soll ein Rechtsgutachten entstehen, das nachweist, dass Racial Profiling eine Form von Diskriminierung ist. Die Kampagne läuft noch bis zum 15. 10. 2017.

Direkt im Anschluss folgt der zweite Impulsvortrag. **Women in Exile war die erste selbstorganisierte Geflüchtetenorganisation von Frauen*** und hatte von Anfang an zum Ziel, die Menschenrechte von Frauen* zu stärken und ihnen ein menschenwürdiges Leben in Freiheit zu ermöglichen.

IMPULSVORTRAG VON DORIS DEDE

ABOLISH ALL LAGERS – ALLE FLÜCHTLINGSCAMPS ABSCHAFFEN!

Doris Dede ist seit fast fünf Jahren bei Women in Exile und hebt direkt zu Beginn hervor, dass Frauen* besonders unter doppelter Diskriminierung zu leiden haben: wegen ihrer Herkunftsgeschichte und wegen ihres Geschlechts. Ein weiteres großes Problem für die Frauen* sind die vergeblichen Behördengänge und fehlende oder lückenhafte Information zu existenziellen Themen wie dem Aufenthaltsstatus, die ihnen das Leben in großem Maße erschweren.

Zur Unterbringungssituation von Geflüchteten lautet der Appell von Women in Exile: »No Lager for Women and Children – Abolish all Lagers«. Bereits 2002 stellten sie bei ihrem ersten Treffen fest, dass die Lebensumstände und Unterbringung von Geflüchteten nicht menschenwürdig sind – sein können. Es existieren große Schwierigkeiten: von der grundlegenden Versorgung mit Nahrungsmitteln bis hin zur Gesundheitsversorgung. Auch sind besonders Frauen* und Kinder von Gewalt bedroht – körperliche und sexuelle Übergriffe stehen oft auf der Tagesordnung. Viele von ihnen sind traumatisiert. Heime sind kein Wohnort für Frauen* und Kinder. Women in Exile ist seit 15 Jahren selbstorganisiert und muss für alle Aktivitäten selbst Gelder akquirieren.

Women Breaking Borders unter dem Motto »Frauen durchbrechen Grenzen« ist eine bundesweite Konferenz für Empowerment, wo geflüchtete Frauen* ihre Forderungen diskutieren und gemeinsam nach außen tragen (22. – 24. 9. 2017 / in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin).

STRATEGIEN VON MORGEN?

Die Moderatorin Figen Brandt fragt nun in die Runde: **»Welche Strategien müssen wir auf lange Sicht entwickeln, um in Deutschland Strukturen zu schaffen, die es unseren Communities und folgenden Generationen erlauben, sich frei zu entfalten?«**

Céline Barry antwortet: »Wir müssen mit unseren Forderungen sichtbar werden. Racial Profiling muss abgeschafft werden, denn hierfür darf es keine legitime Basis geben. Wir müssen medial auch mit Provokation arbeiten, z. B. rassistische Kampagnen spiegeln und so auf uns aufmerksam machen:

»Gefährliche Orte sind gefährlich, ja! Aber vor allem für People of Color.«

Es wird auf die Diskriminierungen im Alltag hingewiesen, wie sie in öffentlichen Verkehrsmitteln, U-Bahn-Stationen oder Cafés schnell stattfinden. Diese kann z. B. durch eine neue Sprache, Stichwort Wording, in den Medien und Verwaltungen beeinflusst werden. Denn stereotype Rollenzuschreibungen machen Migrantinnen* das Leben schwer. Hier helfen positive mediale Bilder als Gegennarrative, um den gängigen defizitären Klischees von Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft zu begegnen. Die Botschaften der Referentinnen* finden Zuspruch, spiegeln sie doch die Erfahrungen und das Engagement der Workshop-Teilnehmerinnen* wieder.

Eine Teilnehmerin* zitiert die afroamerikanische Dichterin Pat Parker und beschreibt ein wichtiges Detail in der Kommunikation mit Menschen der Schwarzen Community:

»Wenn du mit mir befreundet bist, vergiss, dass ich Schwarz bin; wenn du mit mir sprichst, vergiss nie, dass ich Schwarz bin.«

Besonders **›FLÜCHTLING‹** und **›MUSLIMA‹** sind Begriffe, die sehr negativ konnotiert sind. Eine Teilnehmerin* mit Hijab berichtet aus ihrem Alltag. Durch das ›Neutralitätsgesetz‹ sei das Tragen des Hijabs, des Kopftuchs, inzwischen ein großes Problem im Beruf. Es kommt gehäuft zu Ablehnung und anschließendem Konfliktpotenzial. An dieser Stelle kommt es – wie auf ein Zeichen – auch in der Runde zum Konflikt. Eine Teilnehmerin* ruft: »Das Kopftuch ist nicht neutral!« Ihrer Meinung nach sollen Kinder kein Kopftuch tragen und junge Frauen* erst ab dem 16. Lebensjahr und nach ihrem eigenen Willen. So hätten sie in der Schule die Chance auf freie Entfaltung und Bildung ohne jegliche religiösen Zwänge. Die Diskussion lädt sich weiter auf, da die beiden Teilnehmerinnen* das Für und Wider ausdiskutieren wollen. Moderatorin Figen Brandt geht dazwischen: »Die eigene Positionierung zur Debatte des Kopftuchs beschäftigt viele Frauen*, das zeigt sich auch hier wieder einmal, egal ob die Frauen* selbst eins tragen oder es ablehnen.«

»Was will ich? Wo will ich hin? Die Frage der Identität ist wichtig. Kinder mit Migrationsgeschichte müssen ständig Diskriminierung aus dem Weg gehen, sie sind massivem Gegenwind aus der Gesellschaft ausgesetzt. Aber auch in den Familien führen sie einen Kampf. Wer schafft es, sich als Kind gegen seine eigene Familie durchzusetzen?«

WIE WOLLEN WIR LEBEN?

Es geht weiter mit der Sammlung von Strategien für eine freie und sichere Gesellschaft von morgen. Der Blick fällt auf die nachkommende Generation: die Jugendlichen fördern, damit sie sich engagieren und politisch aktiv werden – denn nur so können sie die Gemeinschaft in ihrem Sinne mit gestalten. Figen Brandt weist auf die Kampagne **»Mehr Bock auf Politik«** von Berami, einer Mitgliedsorganisation in Frankfurt am Main, hin. Als Mentorin und Role-Model ermutigt sie dazu, Gesellschaft mitzumachen, mitzugestalten und so Verantwortung zu übernehmen.

»Think Big!« sagt Doris Dede von Women in Exile: »Einerseits brauchen wir politische Strategien, die in Kampagnen und Projekten umgesetzt werden. Andererseits müssen wir eine Finanzierung ermöglichen, ohne von Geldgebern instrumentalisiert zu werden.« Als ersten Schritt benötigen solche Projekte zunächst viele Mitstreiterinnen* – und dann weitere Ressourcen wie Zeit, Mitarbeiterinnen* und Räume.

Figen Brandt macht an dieser Stelle auf die beiden operativen Ebenen des Dachverbands DaMigra aufmerksam: Auf Ebene des Dachverbands wird bundesweit agiert und Projekte werden umgesetzt, die bundesweiten Mitgliedsverbände unterstützt. Diese sind dann regional aktiv und nehmen lokal Einfluss. Hinsichtlich dieser letzten Frage des Workshops finden die Teilnehmerinnen* zu folgender Aussage: Die Demokratie ist in Gefahr und davon sind ALLE betroffen. Alle wollen dazugehören und lehnen eine Einteilung in ein WIR (die weiße Mehrheitsgesellschaft) und ein IHR (die Migrant*innen) ab.

»Wir sind Viele – wir und unsere Interessenvertretungen müssen in das System!«
»Der Ansatz ist, dass frau* das System nicht dem (weißen) Mann überlassen darf. Frauen* müssen das alte, verkrustete System sprengen und zugleich hinein gelangen.« Dieses Bild zeigt die starken Emotionen und die strukturelle Ausgrenzung der Frauen*, die sich nicht in Communities auf ethnischer Basis, sondern in neuen Bündnissen organisieren, die hinaus gelangen und die bestehende Vielfalt aktiv leben wollen. Es fällt das Stichwort »über-ethnisch denken«, das eine gemeinsame, vielfältige Gesellschaft beschreibt.

Zurück im Theatersaal präsentiert Figen Brandt die Ergebnisse dieser Open-Space-Kampagnenwerkstatt der Konferenz:

1) Wir müssen sichtbar werden; 2) wir sind Viele und müssen ein gemeinsames Wir entwickeln; 3) wir müssen unabhängig sein; und 4) wir müssen in das System hinein und es Schritt für Schritt verändern.

Demokratie, Vielfalt und eine offene Gesellschaft müssen Widersprüche aushalten, aber Grundsatzregeln müssen von allen getragen werden. Der humanistische Gedanke ist uns gemeinsam und ein starkes Fundament, das alles zusammenhält. Die Kraft und Motivation der Frauen* ist nicht zu überhören. Es sind alles Frauen*, die etwas zu sagen haben und die etwas tun wollen für in Frieden miteinander lebende Gemeinschaften. Die vielen Ideen sprengen den Innen- und Außenkreis dieses Workshops. Im Open Space konnten die vielen Gedanken der Teilnehmerinnen* Raum finden und wollen nun in der Arbeit in den Organisationen in die Tat umgesetzt werden.

Wir sind Teil des Lebens, nicht irgendwo auf einem anderen Planeten, sondern genau hier – Politische Teilhabe für Migrantinnen* JETZT!

SCHLUSSWORT VON SIDAR CARMAN UND NGUYEN THI MY HANH
AUS DEM VORSTAND VON DAMIGRA

Nach einem wortreichen und diskussionsreichen Tag wollen wir jetzt keinen Punkt setzen. Wir betrachten es vielmehr als ein Komma zwischen dem bisher Gesagten und den Sätzen, die noch folgen werden. Denn wir haben uns viel zu erzählen, um dann gemeinsam handeln zu können – an den Schnittstellen von Frauen*-, Migrantinnen*- und Menschenrechten.

Politische Teilhabe für Migrantinnen* – nicht morgen, nicht übermorgen, sondern JETZT! Denn wir fordern: gleiche Stimme, gleiche Rechte! Prof. Dr. Rudolf hat es heute in ihrer Keynote sehr eindrucksvoll auf den Punkt gebracht, als sie die Kampagne von amnesty international zitierte: »Menschen sind nicht gleich, aber ihre Rechte.«

Unsere Konferenz ist gleichzeitig unser politisches Statement, ein Aufruf und auch unser Weg zu mehr Gerechtigkeit für Frauen*, für uns Migrantinnen* und geflüchtete Frauen*. Wir sind Teil des Lebens – nicht irgendwo auf einem anderen Planeten, sondern genau hier verstehen wir uns als vollwertige Mitglieder dieser Gesellschaft. Unser Kampf für Gleichberechtigung in allen Bereichen des Lebens ist gleichzeitig unser Streit für Demokratie und Menschenrechte. Denn Migrantinnen*rechte sind ohne Zweifel Menschenrechte.

Hört uns zu, denn wir haben vieles zu sagen. Wir sind vielfältig, haben eine oder mehrere Identitäten. Doch wir finden uns in einer gleichen Stimme, die wir hier auf der Konferenz bündeln. Wir sprechen, weil wir politisch mitentscheiden und Politik verändern wollen. Politische Teilhabe steht nicht am Ende eines Integrationsprozesses, der uns Pflichten und Sanktionen aufbürdet. Keineswegs! Sie ist die zentrale Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft.

- **Wir fordern daher die Ausweitung des Wahlrechts, die interkulturelle Öffnung der Parteien und die Verkürzung des Mindestaufenthalts bei der Einbürgerung von acht auf fünf Jahre.**

- **Wir fordern Zusammenhalt, denn sie ist Grundlage der Demokratie. Eine stabile Demokratie gelingt nur mit sozialer Teilhabe für alle. Wir fordern daher mehr sozialen Wohnraum für Migrantinnen* und geflüchtete Frauen*, sagen NEIN zu Privatisierung und zur privatwirtschaftlichen Spekulation mit Wohnraum.**

- **Wir fordern ökonomische Gerechtigkeit. Denn es kann nicht sein, dass Frauen* und Migrantinnen* immer noch weniger verdienen als alle anderen und dass die sogenannte Care-Arbeit niedrig oder gar nicht entlohnt auf ihren Schultern lastet. Wir streiten für bessere Arbeitsbedingungen, für Entgeltgerechtigkeit, für die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und für die Ausweitung von Weiterbildungsangeboten für ältere und alleinerziehende Frauen*. Nein zu Armut trotz Arbeit!**

- **Soziale Teilhabe umfasst auch die Gesundheit. Migration und Flucht wirken sich entscheidend auf die körperliche und seelische Gesundheit von Menschen aus. Wir fordern u. a. leichteren Zugang zum Gesundheitssystem und Angebote der Traumabehandlung für von Gewalt betroffene Frauen*.**

- **Unser Körper gehört uns und wir wehren uns gegen jegliche Form der Vereinnahmung – auch in Form von Gewalt gegen unsere Körper. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Das beinhaltet auch die Abschaffung der Ehebestandsregelung und die Ermöglichung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für alle Migrantinnen*.**

- **Wir sind reich an Kunst, Kultur und Fähigkeiten. Diese fördern unseren sozialen Zusammenhalt und unser gegenseitiges Verständnis. Wir wollen nicht draußen bleiben und fordern auch hier die interkulturelle Öffnung und Unterstützung von Projekten, die von Migrantinnen*organisationen angeboten werden.**

Ihr habt alle mit Eurer wertvollen Stimme zum Erfolg unserer heutigen Konferenz beigetragen. In diesem Sinne, nochmals vielen Dank an Euch alle.

3 Women & The Bass

Die Vorstands-frauen*

DR. DELAL ATMACA
VORSITZENDE UND SPRECHERIN VON DAMIGRA

»Nach wie vor ist gleichberechtigte Teilhabe und Chancengerechtigkeit abhängig von Zugehörigkeiten und Identitäten. Deshalb engagiere ich mich bei DaMigra – um dieses (Demokratie-)Defizit abzubauen.«
Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Kooperationsökonomik an der Philipps-Universität Marburg war Dr. Delal Atmaca Forschungsstipendiatin an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo sie 2001 in Volkswirtschaftslehre promovierte.

Seit 2004 lehrt sie zudem Kooperationsökonomik, Genossenschaftslehre und Diversity-Management an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; weitere Lehraufträge und Projekte u.a. an der TU und HU Berlin, HTWK Leipzig, an der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein in Halle (Saale) sowie an der Philipps-Universität Marburg. Sie ist außerdem Vorstandsmitglied in der Initiative Selbständiger Immigrantinnen (I.S.I. e. V. Berlin).

KOOK-NAM CHO-RUWWE
VORSTANDSVORSITZENDE BEI DAMIGRA

»Migrantinnen* können als Akteure in ihren eigenen Belangen agieren und neue migrationspolitische Perspektiven entwickeln.«
Kook-Nam Cho-Ruwwe kam 1970 als Arbeitsmigrantin nach Deutschland und war mehr als 40 Jahre als Krankenschwester in verschieden medizinisch-pflegerischen Einrichtungen in Deutschland tätig, zuletzt 15 Jahre lang als Pflegedienstleiterin eines ambulanten Pflegediensts.

Sie ist Vorsitzende und eine der Gründerinnen der Koreanischen Frauengruppe in Deutschland. Die Gruppe entstand 1978 mit der Zielsetzung, sich für die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung von Migrantinnen* einzusetzen. Seither organisiert die Gruppe zweimal jährlich Bildungsseminare und öffentliche Veranstaltungen zum Thema »Frauen* in der Migration«.

Kook-Nam Cho-Ruwwe publizierte 2006 gemeinsam mit der Koreanischen Frauengruppe im Band *Zuhause: Erzählungen von deutschen Koreanerinnen* ihre eigene Migrationsgeschichte als Teil der deutschen Geschichte.

INNA SCHULZE
VORSITZENDE BEI DAMIGRA

»Nur wir, Menschen, schaffen es, unsere Welt besser zu machen und jede* von uns trägt die Verantwortung dafür. Wer mitmacht, kann auch mitentscheiden.«
Inna Schulze, vom Baikalsee stammende Lehrerin aus Russland, kam im Jahr 2000 nach Deutschland. An der Universität Bremen schlug sie ihren zweiten Bildungsweg in der Erwachsenenbildung / Erziehungswissenschaften ein. Als Dozentin für Deutsch als Fremdsprache arbeitete sie für die Arbeiterwohlfahrt, die Wirtschafts- und Sozialakademie, die Volkshochschule sowie das Paritätische Bildungswerk in Bremen.

Sie leistete einen wichtigen Beitrag für die sprachliche und fachliche Weiterqualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund im ESF-BAMF-geförderten Programm »Berufsbezogene Deutschförderung« sowie im bundesweiten Netzwerk »Integration durch Qualifizierung« (IQ). Sie gründete zudem zwei russischsprechende Frauengruppen: den »deutsch-russischen Arbeitskreis« in Ostfriesland und »Raduga e. V.« im Emsland.

»Nur wir, Menschen, schaffen es, unsere Welt besser zu machen und jede* von uns trägt die Verantwortung dafür. Wer mitmacht, kann auch mitentscheiden.«

SCHULZE

NGUYEN THI MY HANH
KASSENWARTIN BEI DAMIGRA

»Ich setze mich für Chancengleichheit für Migrantinnen* auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein.«
Nguyen Thi My Hanh ist Ingenieurin, Altenpflegerin und Umweltberaterin. Sie ist Gründungsmitglied des Forums für Migrant*innen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie Vorstandsvorsitzende und Gründerin der Vietnamesischen interkulturellen Fraueninitiative Deutschland e. V. (ViFi). Seit der Gründung im Jahr 1996 hat ViFi es sich zur Aufgabe gemacht, die Chancengleichheit der hier lebenden Vietnamesinnen* in Familie und Beruf zu wahren.

In der Entwicklungsarbeit übernimmt und unterstützt sie die Armutsbekämpfung für alleinerziehende Mütter* in ländlichen Regionen Vietnams sowie den sozialen, freiwilligen Dienst von jungen Frauen* beider Länder. Als MiGlobe Mitglied begleitet und betreut sie die Kommunen in NRW und steigert somit die Qualität kommunaler Entwicklungspolitik durch die Perspektiven und Expertisen von Menschen mit Migrationshintergrund.

DIPL. JUR. VJOELA ALLKANJARI LLM
BEISITZERIN BEI DAMIGRA

»Menschenrechte sind kein Privileg, sondern grundlegende Voraussetzung einer Zivilgesellschaft.«
Vjoela Allkanjari ist die neue Schriftführerin bei DaMigra. Geboren in Albanien, aufgewachsen in Italien, Abschluss eines Jura-Studiums in Mailand und Berlin sowie eines M.A. in »Deutsches und Europäisches Recht« mit Rechtspraxis an der Humboldt-Universität. Teil ihrer juristischen Ausbildung in Frankfurt am Main war der Rechtsvergleich. Ihr Schwerpunkt liegt jedoch auf Wirtschaftsrecht sowie europäischem Asyl- und Aufenthaltsrecht.

Sie engagiert sich als Mitglied der Deutsch-Italienischen Juristenvereinigung für das Europäische und internationale Recht und bietet zudem Rechtsbeistand und juristische Übersetzungen für Deutsch, Englisch, Albanisch und Italienisch an. Sie möchte Frauen* mit Migrationshintergrund nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch zur unternehmerischen Selbständigkeit ermöglichen. Als Vertreterin von Anwältinnen ohne Grenzen e. V. unterstützt sie zudem Frauen*projekte in Albanien.

DR. PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA
BEISITZERIN BEI DAMIGRA

»Der Kampf gegen Rassismus erfordert Mut, Engagement und Aufklärungsarbeit.«
Nach dem Studium in Paris-Sorbonne, München, Trier und der Promotion an der Universität Erlangen-Nürnberg ist Dr. phil. Pierrette Herzberger-Fofana als Gymnasiallehrerin und Lehrbeauftragte a. D. an verschiedenen Universitäten tätig und veröffentlicht Forschungsarbeiten. Sie wurde in Senegal als erste Frau mit dem Staatspreis des Präsidenten für Forschung und Wissenschaft gewürdigt, ist Verdienstkreuzträgerin der Republik Senegal und wurde mit dem Helene-Weber-Preis des BMFSFJ ausgezeichnet.

Seit vielen Jahren ist sie mit den Schwerpunkten Bildung, Jugend und Empowerment von Migrantinnen*, Gewalt gegen Frauen* sowie Diskriminierung und Rassismus in der Politik tätig. Neben zahlreichen Verbandsvorsitzen, wie bei FORWARD Germany, ist sie Gründungsmitglied des Migrantinnen-Netzwerks Bayern und zudem Bundestagskandidatin des bayrischen Bündnis 90/ Die Grünen für 2017.

DUYGU (ALOGLU) BRÄUER
BEISITZERIN BEI DAMIGRA

»Das, was wir als Frau*, als Migrantin* erfahren, macht uns immer wieder bewusst, dass es noch viel zu tun gibt, um gegen Ausgrenzung und Ungleichheit zu kämpfen. Das gilt auch heute! Frauen* kämpfen vereint und solidarisch – für ihre Gleichberechtigung!«
Duygu (Aloglu) Bräuer, Politikwissenschaftlerin aus Ankara, kam 2011 für Ihre Promotion an der Freien Universität nach Berlin. Als Dozentin gibt sie Seminare zu den Themen Gender Studies, Queere Theorie sowie Integration und Migration und engagiert sich seit Jahren in Ankara und Berlin für die Frauen*- und LGBTIQ*- Bewegungen.

Sie ist Mitglied des Bundesverbands der Migrantinnen in Deutschland, der sich seit 2005 als Zusammenschluss von über 20 Mitgliedsgruppen für die politische, rechtliche, soziale und ökonomische Gleichstellung von Migrantinnen* einsetzt.

»Der Kampf gegen Rassismus erfordert Mut, Engagement und Aufklärungsarbeit.«
HERZBERGER-FOFANA

Dachverband der Migrantinnenorganisationen e. V.
DaMigra

Spenden an
GLS Bank
IBAN: DE18 4306 0967 4104 3904 00
BIC: GENODEM1GLS

Diese Publikation wird Ihnen für nicht-kommerzielle Zwecke zur Verfügung gestellt und steht unter der Creative-Commons-Lizenz »Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland« (by-nc-nd). Eine Weitergabe oder Vervielfältigung bei unveränderter Fassung, auch in Teilen, ist bei Angabe der Quelle und gestattet. Der Lizenztext kann abgerufen werden unter: http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de.

Über die in der Lizenz genannten hinausgehende Erlaubnisse können auf Anfrage gewährt werden. Wenden Sie sich dazu bitte an **info@damigra.de**. Die Weiterverwendung in kommerziellen Publikationen bedarf der ausdrücklichen, schriftlichen Zustimmung der Herausgeberin DaMigra.

DaMigra
Dachverband der
Migrantinnenorganisationen

WWW.DAMIGRA.DE